

**Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster
Pohlheim**

BERICHT

zur

„Pilotstudie zum regionalen Sozialmonitoring“ im Rahmen der Landessozialberichterstattung Hessen

der Bietergemeinschaft

- INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie, gGmbH, Markus Holler, Constantin Wiegel und Prof. Dr. Ernst Kistler, Haldenweg 23, 86391 Stadtbergen (Tel.: 0821/24 36 94-0; Fax: 0821/43 25 31; Mail: info@inifes.de) und
- FaSo – Dr. Faik Sozialforschung, PD Dr. Jürgen Faik, Nikolausstr. 10, 65936 Frankfurt am Main (Tel.: 069/34 40 97 10; Fax: 069/34 40 97 14; Mail: info@faso-ffm.de)

unter der Mitarbeit von:

- Behrend-Institut, Dr. Rainer Behrend, Hannah-Arendt-Straße 27, 60438 Frankfurt am Main (Tel.: 069/56 99 3815; Mail: rbehrend@behrend-institut.de) und
- Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster und Norman Best, Steinstraße 33, 35415 Pohlheim (Tel.: 06403/61415; Mail: Ernst-Ulrich.Huster@t-online.de)

Stadtbergen/Frankfurt am Main, den 26. November 2019

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Hintergrund, Zielsetzungen und methodische Vorgehensweise.....	4
2.1 Hintergrund und Zielsetzungen.....	4
2.2 Arbeitsschritte	6
2.3 Methodische und konzeptionelle Überlegungen	9
3. Aufbau einer Datenbasis/eines Indikatorensystems.....	22
3.1 Kriterien	22
3.2 Spezielle Aspekte	23
4. Entwicklung eines Gesamtindikators: Der Hessische Sozialstrukturindex (HSSI)	33
4.1 Auswahl der Subindikatoren für den HSSI nach Lebenslagenbereichen.....	33
4.2 Ergebnisse der Hauptkomponentenanalysen	34
4.3 Die Gliederung des HSSI nach Bereichen	47
4.4 Ergebnisse für die Subindikatoren nach Lebenslagenbereichen	52
4.5 Indexzusammenführung: Sensitivitätsbetrachtungen – Ergebnisse für die Pilotregionen	55
5. Sozialpolitische Handlungsebenen der Schwerpunktregionen.....	59
5.1 Sozialpolitische Aufgabenstellungen und Umsetzungsschritte – Bestandsaufnahme und Anregungspotenzial für die Politik.....	59
5.2 Soziale Infrastruktur in hessischen Gebietskörperschaften – eine systematische Zusammenfassung.....	63
6. Schlussbetrachtung	84
Literaturverzeichnis	89

1. Einleitung

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat die Bietergemeinschaft INIFES/FaSo beauftragt, eine Pilotstudie „Regionales Sozialmonitoring“ im Rahmen der Landessozialberichterstattung Hessen durchzuführen.¹

In der Ausschreibung/Leistungsbeschreibung bzw. in der Präambel des Vertrages wurde die Aufgabe kurz wie folgt definiert:

„Armut ist ein Mangel an Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft, in der man lebt. Dieser Mangel kann so groß sein, dass man völlig von den wichtigsten gesellschaftlichen Aktivitäten ausgegrenzt ist. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Hessische Landesregierung, mehr über diese für ihre Präventionspolitik besonders wichtigen Aspekte in Erfahrung zu bringen. Das regionale Sozialmonitoring unterstützt damit Politik und Verwaltung bei der bedarfsgerechten, sozialräumlichen Weiterentwicklung und Gestaltung der sozialen Infrastruktur. Differenziert nach den Lebenslagen Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Partizipation soll der Blick auf jene Raumeinheiten gelenkt werden, in denen kumulierte soziale Problemlagen vermutet werden können. Deshalb beauftragt das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hierzu eine Studie mit dem Ziel, den Verlauf und die Struktur von Armut auf der Ebene ausgewählter Raumeinheiten zu analysieren sowie Strategien zu ihrer Vermeidung aufzuzeigen.“

¹ In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

Zentrale Elemente des Projekts sind laut der Leistungsbeschreibung unter anderem:

- Das Projekt soll beginnen, eine Datenbank mit einer größeren Anzahl von regionalisierten Kennziffern aus den o. g. Politikbereichen/Lebenslagen aufzubauen.
- Auf Basis ausgewählter Kernindikatoren soll ein Vorschlag für ein hierarchisches Indikatorensystem entwickelt und ansatzweise (in der Pilotphase für zumindest einen Politikbereich) getestet werden.
- In einer begrenzten Zahl von Raumeinheiten (sog. Pilotregionen²) soll in der Pilotphase:
 - eine Verknüpfung der Landessozialberichterstattung zur kommunalen Sozialberichterstattung/Sozialraumanalyse hergestellt werden (Stichworte z. B.: Sozialräumliche Segregation – möglichst auch in den Landkreisen und nicht nur in der ausgewählten Stadt Offenbach; gleichwertige Lebensbedingungen; Stadt-Land-Unterschiede),
 - eine Ergänzung der quantitativen Befunde aus der Datenbank um Ergebnisse qualitativer Erhebungen erfolgen (Stichworte z. B.: Identifizierung von Good-Practice-Beispielen, Validierung der Bedarfsermittlung, Aktivierung von Betroffenen- und Expertenwissen, Partizipation),
 - eruiert werden, wie in der Kombination der verschiedenen Elemente des regionalen Sozialmonitorings die Auswirkungen von Good-Practice- bzw. Vor-Ort-Projekten ermittelt und für die Ableitung von Handlungsfeldern und Handlungsempfehlungen nutzbar gemacht werden können,
 - eine exemplarische Bewertung durch die Betroffenen vor Ort und Verbesserung erarbeiteter Lösungen durch die Betroffenen vor Ort unternommen werden (Stichworte z. B.: Ausrichtung von Maßnahmen auf die Handlungslogiken der Akteure vor Ort).

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse des Projekts in komprimierter und allgemein verständlicher Form. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Vorhabens – neben einer schon sehr weitgehenden Ausbaustufe einer Datenbank³ – verschiedene Arbeitspapiere und Präsentationen erstellt und mit dem Ministerium, dem Beirat und

² Als Pilotregionen wurden im Dialog zwischen Auftraggeber, Projektbeirat und Bietergemeinschaft folgende Kreise vereinbart: die Landkreise Fulda (für Osthessen), Gießen (für Mittelhessen), Groß-Gerau (für Südhessen) und Waldeck-Frankenberg (für Nordhessen) sowie die Stadt Offenbach.

³ Für die Datenbank wurden 264 Einzelindikatoren auf Landkreisebene gesichtet.

bei externen Veranstaltungen diskutiert. Auf eine Wiedergabe dieser teils sehr methodisch-statistisch fundierten und nur in einigen Fällen entsprechend redaktionell editierten Papiere wird verzichtet. Eine Ausnahme soll u. E. der Endbericht von Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster sein, der die Ergebnisse der qualitativen Interviews in den – vom Beirat festgelegten – fünf Regionen der Pilotstudie ausführlich darstellt (vgl. Kapitel 5 dieses Berichts). Das dürfte zumindest für die fünf Pilotregionen von direktem praktischem Interesse sein.

Für die Auskunftsbereitschaft der Interviewten zu diesem Teil der Pilotstudie, aber auch zu den anderen Teilen der Pilotstudie und für vielerlei Datenzulieferungen möchten wir uns an dieser Stelle bedanken. Besonders bedanken möchten wir uns auch bei Herrn Dr. Frank Padberg, dem zuständigen Referenten im HMSI, der mit kompetentem Rat und in einigen Fällen auch entsprechendem Nachdruck gegenüber „sperrigen“ Datenlieferanten agiert hat.

Aufbauend auf dem Vorstehenden werden im Folgenden zunächst der (sozialpolitische) Hintergrund, die Zielsetzungen und die gewählte Methodik für die hiermit vorgelegte Pilotstudie angesprochen (Kapitel 2). Anschließend geht es in den Kapiteln 3 und 4 um die quantitativen Projektmodule. Konkret wird in Kapitel 3 ein Indikatorensystem für die einzelnen o. g. Lebenslagenbereiche vorgestellt, ehe in Kapitel 4 ein aus dem Indikatorensystem abgeleitetes Konzept für einen Gesamtindikator präsentiert wird. Der qualitative Teil der Studie findet sich – aufbauend auf diversen Experteninterviews – in Kapitel 5. Die Schlussbetrachtung (Kapitel 6) schließlich fasst die wesentlichen Ergebnisse der Pilotstudie zusammen und gibt Empfehlungen für eine hessenweite Ausweitung des hier vorgelegten methodischen Konzepts (z. B. im Rahmen des anstehenden Dritten Hessischen Sozialberichts).

2. Hintergrund, Zielsetzungen und methodische Vorgehensweise

2.1 Hintergrund und Zielsetzungen

Im Rahmen des Zweiten Hessischen Landessozialberichts ist die Idee einer stärkeren und systematischeren Regionalisierung der sozialpolitischen Analyse bzw. der Entwicklung von Handlungsempfehlungen von verschiedenen Seiten als besonders wünschenswert angesehen worden.

Die Kommunen sind nicht nur historisch z. B. für die allgemeine Daseinsvorsorge und für die Bekämpfung von Armut verantwortliche Akteure, sondern sie sind auch der Ort, an dem sich die Erfolge oder Misserfolge von Maßnahmen im besonderen Maße niederschlagen. Dabei ist davon auszugehen, dass zwischen Gemeinden und Kreisen (sowie Planungsregionen/Regierungsbezirken) erhebliche regionale Disparitäten in vielerlei Hinsicht bestehen. Bezogen auf größere Städte, aber auch bezogen auf Gemeinden mit mehreren Ortsteilen, ist zudem die sozialräumliche Segregation auf der Ebene von Stadtteilen bzw. Einzelgemeinden ein relevantes Problem. Außerdem lassen sich aus der Analyse von Maßnahmen auf kleinräumiger Ebene im Zusammenspiel von quantitativen und qualitativen Untersuchungsmethoden Good-Practice-Beispiele identifizieren: Gute Praxis bedarf vor dem Transfer jedoch einer umfangreichen Information bzw. Evaluation und zuverlässigen Analyse der Transferierbarkeit.

Im Einzelnen gilt:

- Die Kommune ist immer seltener eine Einheit von Arbeit und Wohnen. Dabei ist zwischen Kommunen in wirtschaftlich zentralen Regionen wie dem Rhein-Main-Gebiet und peripheren Gebieten zu unterscheiden. Aber auch in wirtschaftlich prosperierenden Kommunen nehmen z. B. die Pendelbewegungen zwischen peripheren Wohn- und zentralen Arbeitsbereichen zu.
- In den peripheren, vor allem ländlichen Gebieten kommt es öfters zu einem Abbau von Arbeitsmöglichkeiten mit der Folge eines Bevölkerungsverlustes vor allem bei den jüngeren Bewohnerinnen und Bewohnern. Dieses hat negative Rückwirkungen auf die allgemeine Daseinsvorsorge, privatwirtschaftliche Angebote, den öffentlichen Nahverkehr und die sozialen wie politischen Teilhabemöglichkeiten: Kommunikationsbereiche wie Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten, Vereine und andere lokale Traditionen fallen ganz oder teilweise weg.

- In Ballungsräumen kommt es nicht zuletzt als Folge eines Mangels an Wohnraum zu einer immer schrofferen sozialen Segmentierung. In bestimmten Wohnquartieren kumulieren soziale Risiken, während an anderen Stellen privater Wohlstand und hohe Versorgungsstandards zusammenkommen.
- Das Auseinanderdriften der Verwirklichungschancen in den unterschiedlichen Teilräumen hat Rückwirkungen auf den sozialen und politischen Zusammenhalt: Welche Solidarstrukturen halten, und welche politischen Teilhabemöglichkeiten sind tatsächlich gegeben? Welche Rückwirkungen etwa auf die politische Teilhabe, z. B. auf die Beteiligung an Wahlen, sind feststellbar bzw. zu erwarten?
- Es bedarf neuer Konzepte und Umsetzungsstrategien: Es geht um die Formen sozialer und politischer Netzwerkbildungen zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen in Hessen. Dem dienen neue Infrastrukturangebote, sei es im Verkehr, sei es im digitalen Bereich, sei es mit sozialen Angeboten.

Oftmals mangelt es den vorliegenden kommunalen Berichterstattungen nicht nur an der nötigen thematischen Flächendeckung, sondern zu einem großen Teil sind sie auch sehr eng fokussiert auf nur ganz bestimmte soziale Problemstellungen, sodass die verschiedenen Lebenslagenbereiche für alle sozialen Gruppen nur in seltenen Fällen einigermaßen abgedeckt werden.

Die bisherigen Arbeiten zur Regionalisierung der hessischen Landessozialberichterstattung – Ähnliches gilt für alle Flächenländer – haben gezeigt, dass von der kommunalen Ebene stammende Daten bzw. Daten über kommunale Verteilungen von Problemen und sozialen Lagen durchaus interessante und für das weitere sozialpolitische Vorgehen des Landes wie der Kommunen wichtige Informationen erbringen. So wurden z. B. im Zweiten Hessischen Sozialbericht städtische Sozialberichte (Frankfurt am Main, Wiesbaden) in Bezug auf das Thema Kinderarmut ausgewertet und für die Interpretation und Ableitung von Handlungsempfehlungen in den Bericht einbezogen. Außerdem wurde qualitativ und fallbezogen für den begrenzten Bereich der Kinderarmut das verfügbare Informationsmaterial aus der kommunalen Berichterstattung verschiedener Landkreise gezielt im Hinblick auf gute Praxis ausgewertet.⁴ Der Vorteil

⁴ Vgl. Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2017), S. 208 f. (in Bezug auf die Sozialberichte von Wiesbaden und Frankfurt am Main) sowie S. 210 ff. (in Bezug auf die genannten qualitativen Auswertungen).

eines solchen Vorgehens liegt insbesondere darin, nicht nur quantitative deskriptive und analytische Informationen zu erhalten, sondern auch aus der Erfahrung einzelner Kommunen Ursachen, Wirkungszusammenhänge und Erfolg versprechende Strategien zu identifizieren.

Hierzu sind – wie angedeutet – qualitative Interviews mit Akteuren auf kommunaler Basis hilfreich, die Aufschluss über die speziellen sozialen Problemlagen und über konkrete Projekte geben. Dabei ist insbesondere von Interesse, ob und inwieweit soziale Netzwerke entstanden bzw. geplant sind, die über die Ausgestaltung der konkreten Lebenszusammenhänge hinaus auch in der Lage sind, endogene kommunale bzw. regionale Entwicklungspotenziale in konkrete innovatorische Projekte zu überführen. Daher geht es zum einen um die allgemeine Daseinsvorsorge, aber zum anderen auch um eine engere Verzahnung von Arbeiten und Wohnen.

2.2 Arbeitsschritte

Aufbauend auf der Leistungsbeschreibung des Ministeriums haben wir eine modular-tige Bearbeitung des Berichts vorgenommen:

1. Systematische Sammlung der vorliegenden kommunalen Berichterstattung in Hessen mit ihrer thematischen Breite und regionalen/stadtteilbezogenen Differenzierung;
2. Prüfung der Differenziertheit und inhaltlichen Breite der vorliegenden überregionalen Datenbanken und Datenangebote auf der kommunalen Ebene sowie Prüfung der Anschlussfähigkeit für die Regierungsbezirks- bzw. Gemeindeebene;
3. Aufbau einer lebenslagendifferenzierten Datenbank beispielhaft für die ausgewählten Pilotregionen inklusive der Diskussion eines Gesamtindikators bzw. eines Konzepts zur Erstellung eines aussagekräftigen Gesamtindikators über die einzelnen Lebenslagenbereiche hinweg – in Vorbereitung einer späteren Ausbaustufe, soweit möglich, auf kommunaler Ebene bzw. bei größeren Städten auf subkommunaler Ebene (Stadtteile);
4. qualitative Befragungen von relevanten Akteuren auch aus der Zivilgesellschaft in den Pilotregionen inklusive der Benennung von Bedarfen und politischen Handlungsfeldern.

Mittel- bis langfristig (in weiteren Ausbaustufen) sollten auf Basis der Überlegungen bzw. Ergebnisse dieses Pilotprojekts die Lebenslagen von der kommunalen (bzw. auch der subkommunalen) Ebene bis hin zur Landesebene abgebildet werden können. Dies ist mit den bestehenden Datenangeboten allerdings nur beschränkt möglich. Eine Verschränkung der kommunalen mit der Landessozialberichterstattung im vorgenannten Sinne ist ein relativ aufwändiges und nicht in allen Punkten umsetzbares Unterfangen. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass eine reflexive Rückbindung mit Auftraggeber und Experten (Beirat) unverzichtbar ist.⁵

Dem konzeptionellen und inhaltlichen Ziel des regionalen Sozialmonitorings ist der – bereits erwähnte – Aufbau einer Datenbasis dienlich, die verschiedene Lebenslagen umfasst. Wir haben den Lebenslagenansatz gewählt, weil er sich sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene, teils auch in kommunalen Sozialberichten, inzwischen durchgesetzt hat (wenn auch in vielfältigen Spielarten) und weil dieser Ansatz zum Aufbau eines hierarchischen Indikatorensystems relativ gut passt.

Unter einem hierarchischen Indikatorensystem kann in Anlehnung an OECD-Konzepte⁶ ein System verstanden werden, das aus mehreren Einzelindikatoren zu verschiedenen Lebenslagenbereichen besteht, die in mehrere aggregierte Lebenslagen-Teilindizes und auch zu einem Gesamtindex der Lebenslage in räumlicher Differenzierung zusammengefasst werden können.

Die dafür ins Auge gefassten Lebenslagen umfassen – unter Berücksichtigung der in der Projekt-Leistungsbeschreibung seitens des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration aufgeführten Items – folgende Rahmendaten und Indikatorensets:

- demografische Rahmendaten (plus – über die Leistungsbeschreibung hinaus – notwendigerweise einige grundlegende wirtschaftliche Kennziffern wie zur regionalen wirtschaftlichen Leistungskraft u. dgl.);
- Indikatoren zur Erwerbsintegration und zum Arbeitsmarkt bzw. der Arbeitssituation;

⁵ Die Anschlussfähigkeit der Landes- an die Bundessozialberichterstattung ist hingegen prinzipiell als relativ gut einzuschätzen. Grund hierfür ist die teils gemeinsam mögliche Nutzung von Großerhebungen, die auf kommunaler Ebene aber nur in großen Städten und dort auch nicht in der wünschenswerten Differenzierbarkeit auf der Ebene von sozialen Gruppen bzw. Stadtteilen oder noch kleinräumiger ausgewertet werden können, da statistisch die Fallzahlen und der Datenschutz entgegenstehen.

⁶ Vgl. OECD (2008).

- Indikatoren zur Bildung;
- Indikatoren zum Wohnen;
- Indikatoren zur Gesundheit;
- Indikatoren zur Höhe und Verteilung der Einkommen und zum Empfang monetärer Transfers;
- Indikatoren zur Teilhabe im materiellen und sozialen Sinne.

Im Rahmen des qualitativen Teils der Pilotstudie geht es schlagwortartig um folgende Punkte:

- Bestandsaufnahme der sozialen Infrastruktur (soweit gesetzlich vorgeschrieben, aber auch im Rahmen der freiwilligen kommunalen Leistungen);
- Trägerstruktur: kommunal, freie Wohlfahrtspflege, Vereine, Kirchen – Praxis, Tradition und Probleme des Nebeneinanders bzw. der Kooperation;
- lokale Bedarfsanalysen bezogen auf differenzierte Alters- bzw. soziale Gruppen;
- Hinterfragen der Passgenauigkeit von überregionalen finanziellen Förderstrukturen und möglichen Bedarfen;
- Inangriffnahme neuer Projekte auf kommunaler Ebene – z. B. Aufbau und Ausweitung von Netzwerkstrukturen.

Dabei spielt erkennbarer Weise nicht nur eine Bestandsaufnahme eine Rolle, sondern es geht auch darum zu eruieren, wo endogene Entwicklungspotenziale liegen, um sowohl in eher städtischen Ballungsräumen als auch im ländlichen Bereich neue Impulse für eine tragfähige Verknüpfung z. B. von Arbeiten und Wohnen zu schaffen. Status-Quo- und Good-Practice-Beispiele sollen im Überblick und in ihrer Wirkungsweise aufeinander bezogen werden, wobei das jeweilige sozioökonomische Projektumfeld als Ausgangspunkt, aber auch als Ziel innovatorischer Veränderung einzubeziehen ist. Die so erhobenen Informationen runden das Bild einer Pilotregion ab und bieten eine Diskussionsgrundlage für Entwicklungspotenziale in den Pilotregionen bzw. auch darüber hinaus.

Die eigenen qualitativen Studien sind so angelegt, dass sie einerseits für das in der Zukunft denkbare Konzept einer Haushaltsbefragung offen sind, andererseits aber

auch bereits in der Pilotphase mit leitfadengestützten Experteninterviews sozialpolitisch relevante Aspekte bearbeiten.⁷

2.3 Methodische und konzeptionelle Überlegungen

Aus verschiedenen Indikatoren des Projekts wird ein Gesamtindikator berechnet. Dieser Gesamtindikator ist als Deprivationsindex konzipiert. Das heißt: Ein höherer Wert des Gesamtindikators bedeutet eine stärkere Deprivation als ein niedrigerer Wert des Gesamtindikators. Mit einem solchen Gesamtindikator wird die regionale Deprivation vergleichsweise kompakt dargestellt. Wir schlagen vor, diesen Gesamtindikator als „Hessischer Sozialstrukturindex“, kurz: HSSI, zu bezeichnen.

Die in den HSSI einbezogenen Lebenslagenbereiche sind in Anlehnung an die üblicherweise – so auch im Zweiten Hessischen Sozialbericht – ausgewählten Bereiche:

- Beschäftigung,
- Finanzielle Ressourcen,
- Bildung,
- Gesundheit und
- Wohnen.

Für jeden der fünf Lebenslagenbereiche werden aussagekräftige Subindikatoren ausgewählt.

2.3.1 Zum statistischen Zusammenhang zwischen Merkmalen

Für die Zusammensetzung lebenslagenspezifischer Indikatoren bzw. für die Zusammensetzung eines Gesamtindikators über alle Lebenslagendimensionen hinweg spielt die Frage des statistischen Zusammenhangs (= der Korrelation) zwischen den jeweiligen Subindikatoren eine große Rolle. Die Korrelation zwischen zwei Merkmalen X und Y erfasst man üblicherweise in Form einer statistischen Kennziffer (Korrelationskoeffizient).

⁷ Als diesbezügliche Vorstudien sei beispielhaft auf Untersuchungen in Hessen etwa zum Vogelsbergkreis oder außerhalb Hessens z. B. zum Wendland verwiesen. In Bezug auf den Vogelsbergkreis ist etwa eine eingeschränkte Mobilität und eine unzureichende Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner festgehalten worden, was u. a. in qualitativen Interviews mit Betroffenen aus dem Jahr 2010 zum Ausdruck kam. Vgl. hierzu Huster (2013).

Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizient

Der Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizient misst auf einer metrischen Skala die Rangabstände *und* die Werteunterschiede für zwei Merkmale X und Y. Er ist ebenfalls zwischen -1 (vollständig negative lineare Korrelation zwischen X und Y) und +1 (vollständig positive lineare Korrelation zwischen X und Y) definiert. Bei einem Wert des Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizienten in Höhe von Null korrelieren X und Y nicht linear miteinander.

Wenn beispielsweise der Anteil der Gymnasiasten an allen Schülern umso höher ist, desto höher der Anteil der Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss ist, handelt es sich um einen positiven Zusammenhang. Hingegen ist z. B. der Anteil der Schulabbrecher umso geringer, desto höher der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss ist. Hierbei handelt es sich um einen negativen statistischen Zusammenhang.

2.3.2 Messmodelle: Indizes, Komponenten und latente Konstrukte

Statistisch wird bei der Messung eines nicht direkt erhobenen Merkmals durch mehrere Indikatoren zwischen reflektiven und formativen Messmodellen unterschieden. Die direkt gemessenen Indikatoren werden dabei auch als manifeste Variablen und das durch sie indirekt gemessene Merkmal als latente Variable bezeichnet. Im Zusammenhang mit formativen Indikatoren wird üblicherweise eher von einem Index als von einem (formativen) Konstrukt gesprochen (vgl. Eberl (2004); Diamantopoulos/Winklhofer (2001)).

Damit übereinstimmend wird es sich u. E. bei dem angestrebten hessischen Sozialstrukturindex (zumindest in Teilen) um ein formatives Konstrukt handeln. Der Grund hierfür ist, dass auf diese Art und Weise sozialpolitischen Vorstellungen mehr Raum gegeben werden kann und neben statistischen Begründungen verstärkt auch inhaltliche Begründungen bei der Indikatorzusammensetzung vorgenommen werden können. So muss nicht zwingend eine hohe Korrelation der einzelnen Indikatoren je Dimension (oder Komponente) vorausgesetzt werden (siehe Darstellung 2.1), und es

muss in Faktoren- oder Hauptkomponentenanalysen demnach keine eindimensionale Struktur geben.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist, dass die Indikatoren von formativen Konstrukten das zu erfassende Konstrukt möglichst vollständig in seinen verschiedenen Facetten abdecken sollen. Die Validierung der Modellstruktur wird hierbei aber erschwert, da gängige Tests wie z. B. (konfirmatorische) Faktorenanalysen von reflektiven Modellen und damit von Korrelationen zwischen den einzelnen Indikatoren je Dimension bzw. Komponente ausgehen: *„Bei der Operationalisierung der formativen Konstrukte besteht das besondere Problem darin, dass faktisch keine geeigneten statistischen Methoden existieren, um die Operationalisierungsgüte zu beurteilen. Vielmehr bildet hier [...] die Validierung durch Experten bzw. den Forscher selbst ein maßgebliches Kriterium für die inhaltlich vollständige Erfassung eines Konstruktes mittels mehrerer Indikatoren bei gleichzeitig forschungsökonomisch begrenzter Indikatorenanzahl und weitgehender Überschneidungsfreiheit mit anderen Konstrukten.“*⁸

⁸ Zinnbauer; Eberl (2004), S. 9. Siehe auch die Ausführungen in Diamantopoulos; Winkelhofer (2001) und in Nitzl (2012).

Darstellung 2.1: Kriterien reflektiver und formativer Messmodelle

Kriterium	Reflektives Messmodell	Formatives Messmodell
Richtung der Wirkbeziehung	Konstrukt → Indikatoren	Indikatoren → Konstrukt
Austauschbarkeit der Indikatoren	austauschbar	nicht austauschbar
Korrelationen zwischen den Indikatoren	hohe Korrelation zwischen den Indikatoren erforderlich	geringe Korrelation zwischen den Indikatoren möglich
Einordnung in das nomologische Netz	Indikatoren haben identische Ursachen	Indikatoren haben identische Wirkung

Quelle: Fuchs (2011), S. 9

2.3.2 Hauptkomponentenanalysen als Hilfsmittel

Die Elemente des Gesamtindikators HSSI werden auf einer empirischen Datengrundlage unter Zuhilfenahme der Methode der Hauptkomponentenanalyse bestimmt. Allgemein werden dabei metrisch skalierte Variablen zu Gruppen beziehungsweise zu Faktoren oder Komponenten zusammengefasst. Faktorenanalyse und Hauptkomponentenanalyse werden oft gleichgesetzt, und die Hauptkomponentenanalyse wird insbesondere im deutschen Sprachraum oft als eine Art der Faktorenanalyse bezeichnet (vgl. Wolff, Bacher (2010)). Aufgrund der sprachlich oft nicht ganz klaren Trennung von Faktoren- und Hauptkomponentenanalyse ist darauf hinzuweisen, dass die beiden Begriffe der Einfachheit halber oft gleichbedeutend verwendet werden (vgl. Bühner (2006)), und es wird z. B. anstatt von Komponentenladungen von Faktorladungen gesprochen. Dieser synonymen Begriffsverwendung schließen wir uns im Folgenden an einigen Stellen an. Gemeint ist aber immer die Hauptkomponentenanalyse.

Auch die Ergebnisse beider Verfahren sind in der Regel sehr ähnlich (vgl. Velicer, Jackson (1990)). Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den Verfahren darin, dass die Indikatoren bei der Faktorenanalyse dem reflektiven Modell entsprechend durch den Faktor bzw. das latente Konstrukt (und eine Fehlervariable) verursacht werden. Bei der Hauptkomponentenanalyse ist die Richtung des Zusammenhangs anders herum und entspricht in diesem Punkt somit der formativen Logik: *„Formative measurement is consistent with principal components analysis [...] in which measures are combined to form weighted linear composites intended to represent theoretically meaningful concepts.”* (Edwards (2011), S. 370 f.).

Allerdings geht auch die Hauptkomponentenanalyse von Korrelationen zwischen den Indikatoren aus, die in einem formativen Messmodell nicht notwendigerweise vorhanden sein müssen. Aus diesem Grund werden in Kapitel 4 zwar Hauptkomponentenanalysen für die Itemauswahl zu Rate gezogen, in inhaltlich begründbaren Fällen wird aber über eine mangelnde Korrelation zwischen Indikatoren hinweggesehen und bei der Indikatorenauswahl von den Ergebnissen der Hauptkomponentenanalyse abgewichen.

Im vorliegenden Bericht wird über einige Ergebnisse und Kennzahlen von Hauptkomponentenanalysen berichtet. In der Literatur werden unter anderem folgende wichtige Maßzahlen und Daumenregeln für die Interpretation von Hauptkomponenten-/Faktorenanalysen empfohlen (jedoch nicht um den Preis zu ähnlicher bzw. redundanter Indikatoren mit sehr hohen Korrelationen):

- Faktorladungen: Faktorladungen geben die Korrelation eines Indikators mit dem gebildeten Faktor/der gebildeten Komponente in der Einheit von Standardabweichungen an. Dies bedeutet, Ladungen nahe +1 oder -1 deuten darauf hin, dass ein Indikator sich gut für die Bildung der Komponente eignet bzw. stark mit dieser zusammenhängt. Als unsubstantielle Faktorladungen gelten Ladungen <0,3 oder z. T. auch mehrfache Faktorladungen <0,4 (Doppelladungen).⁹
- Das Keyser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO) bzw. der Measure-of-sampling adequacy-Koeffizient (MSA) gibt an, inwieweit die Indikatoren „zusammengehören“ bzw. sich für eine Hauptkomponenten-/Faktorenanalyse eignen. Werte <0,5 gelten als nicht akzeptabel. Werte <0,6 gelten als schlecht, und als gut werden Werte ab 0,8 angesehen¹⁰.
- Als wünschenswert kann ferner eine hohe erklärte Gesamtvarianz gelten. Die erklärte Gesamtvarianz gibt an, welcher Anteil der Varianz aller verwendeten Indikatoren durch die extrahierten Komponenten erklärt werden kann, wobei diese jedoch von der Anzahl an Indikatoren und extrahierten Komponenten abhängt, weshalb keine allgemeine Daumenregel für die angestrebte Höhe existiert. Werden ebenso viele Komponenten extrahiert wie Indikatoren in die Analyse eingehen, beträgt die erklärte Gesamtvarianz 100 %.

2.3.3 Berechnung von Indexwerten

Um die einzelnen Subindikatoren (mit zum Teil unterschiedlichen Einheiten) miteinander vergleichen zu können, werden in dieser Studie die eigentlichen Indikatorwerte in sogenannte Z-Werte transformiert:

$$Z_i = \frac{\text{Regionenspezifischer Wert} - \text{Hessenspezifischer Referenzwert}}{\text{Hessenweite Standardabweichung}}$$

⁹ Vgl. Bühner (2006).

¹⁰ Vgl. Backhaus et al. (2000); vgl. Bühner (2006).

In der vorstehenden Formel ist der hessenspezifische Referenzwert im Sinne eines arithmetischen Mittelwerts zu interpretieren, der aus den (mit der jeweiligen Bevölkerungsgröße) gewichteten regionalen Indexwerten berechnet wird. Diese Vorgehensweise muss auch für die Fälle, in denen in den originären Daten ein hessenweiter Referenzwert bereits ausgewiesen wird, gewählt werden, weil nur auf diese Weise eine mit dem Datenmaterial konsistente Standardabweichung berechnet werden kann. Die hessenweite Standardabweichung wird also ebenfalls aus den (mit der jeweiligen Bevölkerungsgröße) gewichteten regionalen Indikatorwerten berechnet.

Es wird für jeden Lebenslagenbereich ein bereichsspezifischer Z-Durchschnittswert berechnet, wobei die einzelnen Z-Subindikatorwerte *in jedem Bereich* ungewichtet in die Berechnungen eingehen.¹¹ Aus dem Z-Durchschnittswert für jeden Lebenslagenbereich (über alle bereichsspezifischen Subindikatoren hinweg) wird dann der HSSI in verschiedenen Gewichtungsszenarien berechnet.

Der Anschaulichkeit wegen werden die vorstehend genannten Z-Werte in ein Notenschema von 1 („sehr gut“) bis 6 („sehr schlecht“) transformiert.¹²

Dabei gilt folgende Umrechnungsformel:

$$Note = \begin{cases} 1 & \text{für } Z < -3 \\ 3,5 + \frac{5}{6} \cdot Z & \text{für } Z \in [-3; 4,5] \\ 6 & \text{für } Z > 4,5 \end{cases} .$$

Zwei Beispiele sollen diese Formel erläutern:

1. Angenommen, man erhält anhand seiner empirischen Beobachtungen als Z-Wert -0,7. Dann resultiert hieraus als Note:

$$Note = 3,5 + \frac{5}{6} \cdot (-0,7) = 2,92.$$

¹¹ Alternativ hätte man die Z-Subindikatorwerte natürlich auch mit ihrer jeweiligen (beigemessenen) Bedeutung gewichten können. Dies hätte jedoch eine zusätzliche normative Komponente bedeutet. Daher haben wir an dieser Stelle von einer solchen Gewichtung abgesehen – letztlich auch, um die nachstehenden Ausführungen nicht noch komplizierter zu machen.

¹² Zur Indikatoren- bzw. Indexbildung allgemein vgl. im Übrigen z. B. Meyer (2004).

Diese Note liegt unterhalb des einfachen Durchschnittswerts aus den sechs Noten in Höhe von 3,5 ($= \frac{1+2+3+4+5+6}{6}$), weil in diesem („befriedigenden“) Fall der negative Z-Wert ein Unterschreiten des hessenweiten Mittelwertes impliziert, was gleichbedeutend ist mit einer (im Vergleich zum Hessen-Mittelwert) unterdurchschnittlichen Deprivation.

2. Bei einem Z-Wert von +2,3 ergibt sich als Note:

$$\text{Note} = 3,5 + \frac{5}{6} \cdot 2,3 = 5,42.$$

Diese Note liegt oberhalb des einfachen Notendurchschnittswerts von 3,5, weil in diesem („mangelhaften“) Fall der positive Z-Wert ein Überschreiten des hessenweiten Mittelwertes impliziert, was gleichbedeutend ist mit einer (im Vergleich zum Hessen-Mittelwert) überdurchschnittlichen Deprivation.

Die Transformation der Z-Werte in Noten dient indes nicht nur der Übersichtlichkeit; sie ermöglicht auch zeitliche Vergleiche der Sub- bzw. Gesamtindikatorwerte. Da in den einzelnen Regionen ein Vorzeichenwechsel bei den Z-Werten (etwa von „minus“ zu „plus“) über die Zeit hinweg möglich ist, können in diesen Fällen die entsprechenden Veränderungen der Z-Werte quantitativ (z. B. über die Berechnung einer Veränderungsrate) nicht sinnvoll interpretiert werden. Die Notenskalisierung von 1 bis 6 bringt ausschließlich positive Werte hervor, sodass sich die skizzierte Problematik nach der Transformation der Z-Werte in Noten *nicht* stellt.

Trotz der Verwendung einer Notenskala handelt es sich aufgrund der Berechnung, strenggenommen, nicht um eine normative Bewertung der Lebenslagen im Sinne der Verbalisierungen „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“, „ausreichend“, „mangelhaft“ und „ungenügend“. Es handelt sich um eine Bewertung relativ zum beobachteten Durchschnitt, der dem Notenwert 3,5 entspricht.

Um die Robustheit der erzielten Ergebnisse zu erhöhen, werden die Werte des Gesamtindikators HSSI in verschiedenen Gewichtungsvarianten *zwischen* den fünf Lebenslagenbereichen berechnet. Es sind die in Darstellung 2.2 angegebenen 28 Gewichtungsvarianten errechnet worden.

Darstellung 2.2: Gesamtindikator HSSI – Gewichtungsvarianten

Variante	Einkommen	Beschäftigung	Bildung	Gesundheit	Wohnen
1	20,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %
2	21,5 %	21,5 %	19,0 %	19,0 %	19,0 %
3	21,5 %	19,0 %	21,5 %	19,0 %	19,0 %
4	21,5 %	19,0 %	19,0 %	21,5 %	19,0 %
5	21,5 %	19,0 %	19,0 %	19,0 %	21,5 %
6	19,0 %	21,5 %	21,5 %	19,0 %	19,0 %
7	19,0 %	21,5 %	19,0 %	21,5 %	19,0 %
8	19,0 %	21,5 %	19,0 %	19,0 %	21,5 %
9	19,0 %	19,0 %	21,5 %	21,5 %	19,0 %
10	19,0 %	19,0 %	21,5 %	19,0 %	21,5 %
11	19,0 %	19,0 %	19,0 %	21,5 %	21,5 %
12	30,5 %	30,5 %	13,0 %	13,0 %	13,0 %
13	30,5 %	13,0 %	30,5 %	13,0 %	13,0 %
14	30,5 %	13,0 %	13,0 %	30,5 %	13,0 %
15	30,5 %	13,0 %	13,0 %	13,0 %	30,5 %
16	13,0 %	30,5 %	30,5 %	13,0 %	13,0 %
17	13,0 %	30,5 %	13,0 %	30,5 %	13,0 %
18	13,0 %	30,5 %	13,0 %	13,0 %	30,5 %
19	13,0 %	13,0 %	30,5 %	30,5 %	13,0 %
20	13,0 %	13,0 %	30,5 %	13,0 %	30,5 %
21	13,0 %	13,0 %	13,0 %	30,5 %	30,5 %
22	60,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %
23	10,0 %	60,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %
24	10,0 %	10,0 %	60,0 %	10,0 %	10,0 %
25	10,0 %	10,0 %	10,0 %	60,0 %	10,0 %
26	10,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %	60,0 %
27	50,0 %	20,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %
28	20,0 %	50,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Auf der Basis der HSSI-Werte in den 28 Varianten ist dann prinzipiell eine Rangfolge unter den hessischen Pilotregionen abbildbar, auch wenn ein solches Ranking hier nicht im Vordergrund steht.

Zur Konzeption sozialer Gesamtindikatoren

Zum Teil im Einklang mit den theoretischen Überlegungen in diesem Abschnitt findet sich in der Literatur eine Reihe von Ansätzen zur Bildung sozialer Gesamtindikatoren für Deutschland. Nachfolgend seien ein paar besonders prägnante Beispiele gegeben.

Regionaler Wohlfahrtsindex für Rheinland-Pfalz¹³

In Anknüpfung an den Nationalen Wohlfahrtsindex (für Deutschland) sind auf Landesebene regionale Wohlfahrtsindizes berechnet worden, u. a. in Rheinland-Pfalz. Die erfassten Subindikatoren werden in Geldform miteinander vergleichbar gemacht. Im Einzelnen setzt sich der Gesamtindex aus folgenden Subindikatoren zusammen:

1. Index der Einkommensverteilung,
2. Gewichteter privater Konsum,
3. Wert der Hausarbeit,
4. Wert der ehrenamtlichen Arbeit,
5. Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen,
6. Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter,
7. Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte,
8. Kosten durch Verkehrsunfälle,
9. Schäden durch Kriminalität,
10. Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum,
11. Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen,
12. Schäden durch Wasserbelastungen,
13. Kosten durch Bodenbelastungen,
14. Schäden durch Luftverschmutzung,
15. Schäden durch Lärm,
16. Verlust bzw. Gewinn durch Biotop-Flächenänderungen,
17. Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen,
18. Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger,
19. Schäden durch Treibhausgase,
20. Kosten der Atomenergienutzung sowie als Ergänzungskomponente: Kosten un-
freiwilliger Arbeitslosigkeit.

¹³ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (o. J. a) oder Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (o. J. b) oder Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (o. J. c).

Die Auswahl der Subindikatoren verdeutlicht den Charakter des betreffenden Gesamtindex als Instrument im Rahmen einer nachhaltigen Umweltpolitik. Allerdings ist der regionale Wohlfahrtsindex für Rheinland-Pfalz nur auf die Landesebene bezogen und liefert keine Erkenntnisse über die Lage auf disaggregierteren räumlichen Ebenen. Es ist zu betonen, dass die hier relevanten regionalen Wohlfahrtsindizes einen starken Bezug zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufweisen und daher eine völlig andere konzeptionelle Grundlage als der HSSI haben.

ZDF-/Prognos-Gesamtindikator¹⁴

Auf Landkreisebene hat die „große Deutschlandstudie“ von ZDF und Prognos AG Indikatoren aus drei Themenbereichen zu einem Gesamtindikator zusammengefasst, und zwar aus den Bereichen „Arbeit und Wohnen“, „Gesundheit und Sicherheit“ sowie „Freizeit und Natur“. Dabei sind die einzelnen Subindikatoren innerhalb der drei Bereiche unterschiedlich gewichtet worden – in einem Gewichtungsbereich von 12,5 bis 100 Prozent. Beispielsweise geht innerhalb des Bereichs „Arbeit und Wohnen“ der Subindikator „Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen“ zu 100 Prozent, „Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen“ hingegen nur zu 50 Prozent in die Berechnungen ein. Je Themenbereich können nach einem Punkteschema bis zu 100 Punkte erzielt werden, d. h. über alle drei Themenbereiche hinweg maximal 300 Punkte. Beim ZDF-/Prognos-Gesamtindikator werden also die unterschiedlichen Subindikatoren über ein Punktesystem miteinander vergleichbar gemacht.

German Index of Multiple Deprivation (GIMD)¹⁵

Der GIMD ist unserem gewählten Ansatz zur Bildung eines Gesamtindikators grundsätzlich relativ ähnlich. Im Einzelnen setzt sich der ebenfalls als Deprivationsindex konzipierte GIMD aus sieben Kategorien zusammen (in Klammern steht das Gewicht, mit dem eine Kategorie im GIMD berücksichtigt wird):

1. Einkommensdeprivation (25 Prozent),
2. Beschäftigungsdeprivation (25 Prozent),
3. Bildungsdeprivation (15 Prozent),
4. Kreis-Einnahmedeprivation (15 Prozent),

¹⁴ Vgl. ZDF; Prognos (2019).

¹⁵ Vgl. Hofmeister, Maier, Mielck, Stahl, Breckenkamp, Razum (2016) oder Maier, Fairburn, Mielck (2012).

5. Sozialkapitaldeprivation (10 Prozent),
6. Umweltdeprivation (5 Prozent) und
7. Sicherheitsdeprivation (5 Prozent).

GIMD-Auswertungen sind auf Kreisebene – und damit grundsätzlich für alle Kreise Deutschlands – möglich; zum Teil ist der GIMD aber auch auf der Gemeindeebene verwendet worden. Die Anwendung des GIMD fokussiert dabei auf die Korrelation zum Gesundheitsstatus der Bevölkerung. Methodisch werden die Subindikatoren des GIMD zunächst standardisiert, wobei gegebenenfalls eine Anpassung der Kodierungsrichtung erfolgt. Anschließend werden diese metrischen Werte in Rangwerte transformiert und zusätzlich auch noch einer Exponentialtransformation unterworfen. Mit Hilfe der o. g. Gewichte für die sieben Kategorien werden die bereichsspezifischen Werte schließlich als gewichtete Summe zum GIMD zusammengezogen.

Der Gesamtindikator des Berlin-Instituts¹⁶

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat in den Jahren 2003, 2006, 2011 sowie zuletzt im April 2019 Studien präsentiert, in denen die regionale Zukunftsfähigkeit in Deutschland vergleichsweise detailliert untersucht wurde. Dabei wurden für die 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte aus den Bereichen „Demografie“, „Wirtschaft“, „Bildung“ und „Familienfreundlichkeit“ insgesamt 21 Indikatoren berücksichtigt. In dem aktuellen Bericht aus dem Jahr 2019 sind auf den Seiten 87 bis 92 die methodischen Grundlagen näher dargelegt: Bei den einzelnen Indikatoren wurden den Regionen Notenwerte von 1 („sehr gut“) bis 6 („ungenügend“) zugeordnet. In gewisser Analogie zu unserem Ansatz ergab sich vom Grundsatz her ein konkreter Notenwert letztlich daraus, *„wie stark [eine Region; d. V.] bei einem bestimmten Indikator gemessen in Standardabweichungen vom Durchschnitt aller 401 Kreise beziehungsweise 16 Bundesländer abweicht. Für die meisten Indikatoren betragen die Bewertungsschritte beziehungsweise die Notensprünge 0,75 Standardabweichungen.“*¹⁷

In den Gesamtindikator bzw. zur Bildung der Durchschnittsnote insgesamt fließen die Durchschnittsnoten der vier betrachteten Bereiche in folgender Gewichtung ein: Demografie und Wirtschaft jeweils zu einem Drittel sowie Bildung und Familienfreundlichkeit jeweils zu einem Sechstel. Für Hessen sind die Ergebnisse der aktuellen Studie von 2019 auf den Berichtsseiten 74 bis 76 zusammengefasst. Von den betrachteten

¹⁶ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019).

¹⁷ Ebenda, S. 87.

Pilotregionen landet die Stadt Offenbach im Bereich „Demografie“ von allen 401 deutschen Kreisen bzw. kreisfreien Städten auf Platz 1 – nicht zuletzt eine Folge der sehr guten Noten bei „Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtbevölkerung“, bei „Anteil der über 74-Jährigen“ und bei „Bevölkerungsprognose 2035“. Über alle Bereiche hinweg ergeben sich für unsere Pilotregionen folgende Durchschnittsnoten: LK Fulda 3,09; LK Groß-Gerau 3,21; LK Gießen 3,32; Stadt Offenbach 3,41; LK Waldeck-Frankenberg 3,54.

3. Aufbau einer Datenbasis/eines Indikatorensystems

3.1 Kriterien

Die erstellte Datenbank umfasst alle Indikatoren, die in den Hessischen Sozialstrukturindex einfließen sollen. Darüber hinaus sind aber auch noch sehr viele andere, ergänzende Indikatoren enthalten, die aus Gründen der Operationalisierbarkeit nicht in den Index eingegangen sind oder andere Aspekte (wie z. B. die Demografie) beleuchten, die nicht in den Index eingehen sollen. Sowohl für die Auswahl von Indikatoren, die in den Sozialstrukturindex eingehen, wie auch für die gesamte Datenbasis, waren dabei folgende Kriterien handlungsleitend:

- *Aussagekraft*: Die gewählten Indikatoren sollten möglichst gut Auskunft über jeweils eine der Lebenslagen „Arbeit/Beschäftigung“, „Finanzielle Ressourcen“, „Bildung“, „Gesundheitszustand“ und „Wohnen“ geben.
- *Regionalität*: die verwendeten Indikatoren sollen mindestens auf der Ebene der Stadt- und Landkreise verfügbar sein. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine Verfügbarkeit auf der kommunalen Ebene, was aber, um die verfügbaren Indikatoren nicht zu stark zu beschränken, nicht als Voraussetzung in die Auswahl von Indikatoren eingeflossen ist.
- *Transparenz/Qualität/Art der Quelle*: Die den Indikatoren zugrundeliegende Berechnungsmethode sollte bekannt sein und für die Aussagekraft des Indikators sprechen. Dies bedeutet, dass bevorzugt amtliche Quellen oder Daten von etablierten Anbietern verwendet werden, die für eine hohe Qualität sprechen. Teils werden methodisch sicher aufwändig generierte kleinräumige Indikatoren auch von kommerziellen Anbietern angeboten, über deren genaue Berechnung allerdings nur wenig bekannt ist. Solche Quellen wurden nur in Ausnahmefällen genutzt, z. B. wenn diese auch in anderen etablierten Datenbanken wie z. B. INKAR verwendet werden. Die Datenverfügbarkeit auf der regionalen Ebene ist teils schwierig, weshalb eine sehr strenge Handhabung dieses Auswahlkriteriums auch gewisse Datenlücken nach sich ziehen würde.
- *Verfügbarkeit und Fortschreibbarkeit*: Die Indikatoren sollten möglichst ohne Datenankäufe verfügbar sein und regelmäßig aktualisiert werden, um auch den Gesamtindikator kontinuierlich aktualisieren zu können. Grundsätzlich zugängliche Indikatoren aus Studien, bei denen nicht sicher ist, dass diese Regelmäßigkeit gegeben ist, kommen daher nicht in Frage.

Umfangreiche Indikatoren-Tabellen sind dem Auftraggeber in Papierform bzw. als Excel-Tabellen zur Verfügung gestellt worden.

3.2 Spezielle Aspekte

3.2.1 Mikrozensus-Berechnungen

Im Sinne eines weitgehenden Novums¹⁸ sind im Pilotprojekt regionale relative (Einkommens-)Armutrisikoquoten für die fünf Pilotregionen berechnet worden. Die Berechnungen sind mit den für wissenschaftliche Zwecke verfügbaren neuesten Mikrozensus-Erhebungen 2015 und 2016 an einem Gastwissenschaftler-Arbeitsplatz des Hessischen Statistischen Landesamtes in Frankfurt am Main durchgeführt worden.

Dabei ist zunächst geprüft worden, ob die Fallzahlen für die einzelnen Regionen im Zusammenhang mit derartigen Berechnungen aus statistischer Sicht ausreichend groß sind. Des Weiteren ist untersucht worden, ob zwischen den beiden Jahren 2015 und 2016 eine eher große oder eine eher geringe Volatilität (= Schwankung der „Zeitreihe“) in Bezug auf die berechneten Armutrisikoquoten-*Niveaus* in den einzelnen Regionen besteht. Auch war von Interesse, ob die Armutrisikoquoten-*Rangfolge* zwischen den einzelnen Regionen im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 eher stabil oder eher instabil ist.

In Erweiterung des eigentlichen Untersuchungsauftrages sind auf Basis der genannten Mikrozensus-Erhebungen noch weitere Sozialindikatoren in die Betrachtung und Prüfung auf Eignung für das zu entwickelnde Indikatorensystem einbezogen worden: eine Einkommensreichumsquote, der Gini-Koeffizient, 90/10- bzw. 80/20-Einkommensrelationen, eine Alleinerziehendenquote, eine Alleinlebendenquote für 75-Jährige und Ältere sowie der Anteilswert der Pflegegeldbeziehenden.

Wie Darstellung 3.1 zeigt, sind die auf der hessischen Kreisebene relevanten (personenbezogenen) Fallzahlen sowohl im Mikrozensus 2015 als auch im Mikrozensus 2016 so groß, dass zumindest einigermaßen verwertbare Ergebnisse erwartet werden dürfen. So liegen die niedrigsten Fallzahlen bei den hier betrachteten Pilotregionen

¹⁸ Vgl. aber ZDF, Prognos (2019).

sowohl im Mikrozensus 2015 (Stadt Offenbach mit 1.145 Fällen) als auch im Mikrozensus 2016 (ebenfalls Stadt Offenbach mit 861 Fällen) deutlich oberhalb der üblicherweise für aussagekräftige statistische Analysen geforderten Fallzahl von 100 Fällen.

Darstellung 3.1: Personenbezogene Fallzahlen der Pilotregionen und in Hessen im Mikrozensus 2015 sowie im Mikrozensus 2016

Region	Mikrozensus 2015	Mikrozensus 2016
Stadt Offenbach	1.145	861
LK Groß-Gerau	2.403	2.182
LK Gießen	2.430	2.178
LK Fulda	1.799	1.748
LK Waldeck-Frankenberg	1.229	1.433
Hessen insgesamt	602.245	650.650

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 und 2016, eigene Berechnungen

Für die fünf Pilotregionen haben sich für die beiden Mikrozensus-Jahre die nachfolgenden Befunde gezeigt. Dabei geht aus den Darstellungen 3.2 und 3.3 z. B. hervor, dass die Stadt Offenbach bei der 60-Prozent-Einkommensarmutsrisikoquote in beiden betrachteten Jahren die höchste Quote hat.

Darstellung 3.2: Ausgewählte Sozialindikatoren für die Pilotregionen auf Basis des Mikrozensus 2015

Indikator	Kreisfreie Stadt	Landkreis				Hessen
	Offenbach am Main, Stadt	Groß-Gerau	Gießen	Fulda	Waldeck-Frankenberg	
60 %-Einkommensarmutsrisikoquote (%)	27,8	18,4	20,8	15,8	16,9	16,6
200 %-Einkommensreichumsquote (%)	5,9	8,3	7,5	4,3	5,5	9,2
Gini-Koeffizient (Einkommen)	0,3396	0,2887	0,3109	0,2549	0,2877	0,3057
90/10-Dezilsrelation (Einkommen)	3,8340	3,6537	3,9058	2,9350	3,1145	3,7805
80/20-Relation (Einkommen)	2,4605	2,4502	2,3987	2,0279	2,1056	2,3636
Alleinerziehendenquote (%)	4,5	3,1	4,0	4,7	3,1	3,6
Alleinlebende, 75+ J. (%)	3,6	3,4	3,9	4,8	5,2	4,2
Anteil Pflegegeldbeziehende (%)	1,5	1,4	1,8	1,7	1,6	1,5

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015, eigene Berechnungen

Darstellung 3.3: Ausgewählte Sozialindikatoren für die Pilotregionen auf Basis des Mikrozensus 2016

Indikator	Kreisfreie Stadt	Landkreis				Hessen
	Offenbach am Main, Stadt	Groß-Gerau	Gießen	Fulda	Waldeck-Frankenberg	
60 %-Einkommensarmutsrisikoquote (%)	20,1	14,3	18,9	14,8	18,1	16,2
200 %-Einkommensreichumsquote (%)	5,8	8,0	6,7	5,2	5,0	9,6
Gini-Koeffizient (Einkommen)	0,2830	0,2865	0,2873	0,2726	0,2774	0,3079
90/10-Dezilsrelation (Einkommen)	3,4464	3,4151	3,7640	3,0946	3,1971	3,8224
80/20-Relation (Einkommen)	2,3182	2,2219	2,3884	2,1598	2,1467	2,3823
Alleinerziehendenquote (%)	3,5	2,8	2,8	2,5	3,7	3,7
Alleinlebende, 75+ J. (%)	4,3	3,4	3,9	4,4	4,0	4,1
Anteil Pflegegeldbeziehende (%)	1,3	1,8	1,7	2,3	2,1	1,6

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2016, eigene Berechnungen

Die in den Darstellungen 3.2 und 3.3 angegebenen Werte weichen gerade in Bezug auf die 60 Prozent-Einkommensarmutsrisikoquote nicht unerheblich in den Pilotregionen voneinander ab. Dies wird sofort sichtbar, wenn man – wie in Darstellung 3.4 geschehen – die Werte des Jahres 2015 jeweils von den Werten des Jahres 2016 subtrahiert. Auf diese Weise ergibt sich z. B. für die Stadt Offenbach bei der Einkommensarmutsrisikoquote die markante Abweichung von 7,7 Prozentpunkten zwischen beiden Beobachtungsjahren.

In Anbetracht dieser Volatilität der einzelnen Werte erscheint u. E. die Möglichkeit nicht abwegig, aus den beiden Jahresangaben jeweils einen Durchschnittswert zu bilden. Alternativ schlagen wir vor, in einer erweiterten Analyse eine längere Zeitreihe dahingehend zu beobachten, wie die einzelnen Indikatoren sich entwickelt haben. Für diese längere Zeitreihe sollten dann aus den einzelnen Werten (gleitende) Durchschnittswerte o. dgl. gebildet werden.

Darstellung 3.4: Abweichungen bei ausgewählten Sozialindikatoren für die Pilotregionen auf Basis von Mikrozensus 2015 und Mikrozensus 2016 (Werte 2016 minus Werte 2015; in Prozentpunkten)

Indikator	Kreisfreie Stadt	Landkreis				Hessen
	Offenbach am Main, Stadt	Groß-Gerau	Gießen	Fulda	Waldeck-Frankenberg	
60 %-Einkommensarmutsrisikoquote (%)	-7,70	-4,10	-1,90	-1,00	+1,20	-0,40
200 %-Einkommensreichumsquote (%)	-0,10	-0,30	-0,80	+0,90	-0,50	+0,40
Gini-Koeffizient (Einkommen)	-0,06	0,00	-0,02	+0,02	-0,01	0,00
90/10-Dezilsrelation (Einkommen)	-0,39	-0,24	-0,14	+0,16	+0,08	+0,04
80/20-Relation (Einkommen)	-0,14	-0,23	-0,01	+0,13	+0,04	+0,02
Alleinerziehendenquote (%)	-1,00	-0,30	-1,20	-2,20	+0,60	+0,10
Alleinlebende, 75+ J. (%)	+0,70	0,00	0,00	-0,40	-1,20	-0,10
Anteil Pflegegeldbeziehende (%)	-0,20	+0,40	-0,10	+0,60	+0,50	+0,10

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2015 und 2016, eigene Berechnungen

3.2.2 Indikatorenbefunde innerhalb von (Land-)Kreisen bzw. auf subkommunaler Ebene an den Beispielen des Landkreises Groß-Gerau und der Stadt Offenbach

Auf der Basis der verschiedenen Kreismonitore für den Landkreis Groß-Gerau (hier seit 2009) und der Sozialberichte der Stadt Offenbach (hier seit 2006) wird im Folgenden (exemplarisch für die SGB-II-Beziehendenquoten) auch die Intra-Kreisebene (Landkreis Groß-Gerau) bzw. die subkommunale Ebene (Stadt Offenbach) in das Blickfeld genommen. Im Vergleich mit den hessenweiten Ergebnissen wird am Beispiel der SGB-II-Beziehendenquoten geprüft, ob die Streuung innerhalb des Landkreises Groß-Gerau bzw. innerhalb der Stadt Offenbach größer oder kleiner ist als die diesbezügliche hessenweite Streuung.

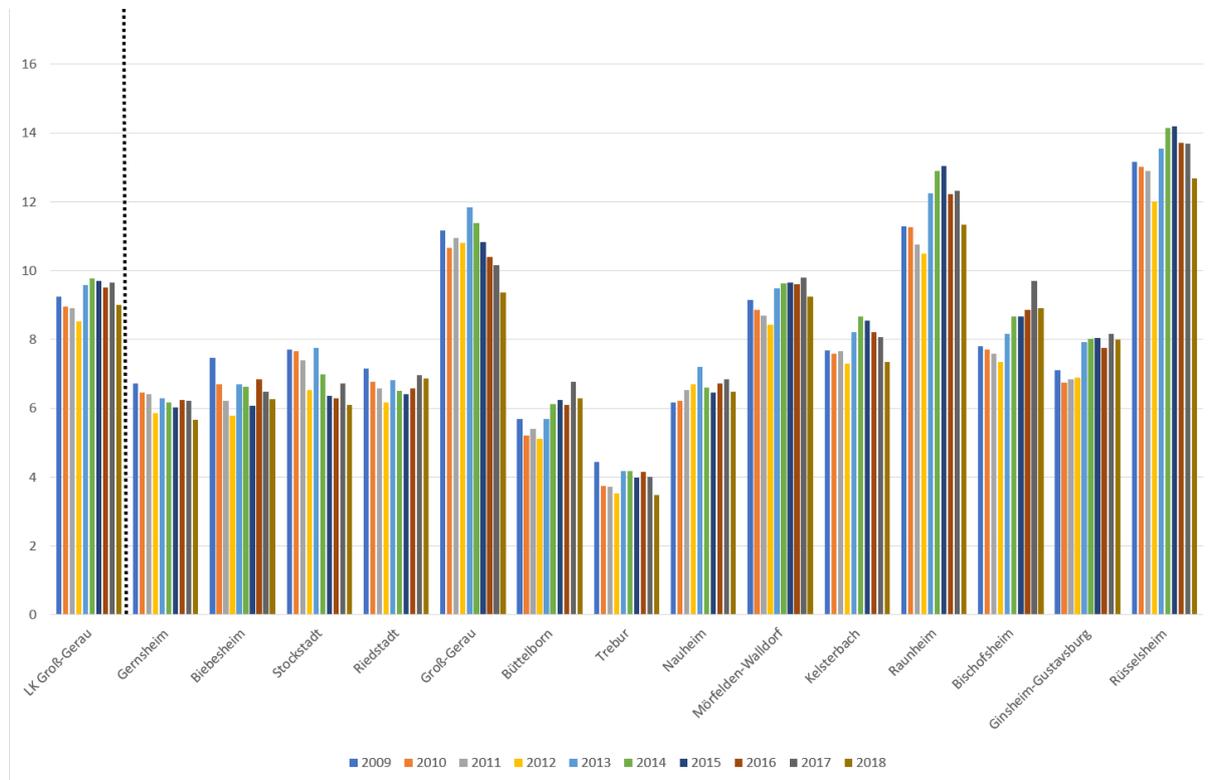
3.2.2.1 SGB-II-Quoten innerhalb des Landkreises Groß-Gerau

Für den Landkreis Groß-Gerau sind die in den Darstellungen dieses Unterabschnitts angegebenen SGB-II-Quoten relevant.

Aus Darstellung 3.5 geht in diesem Zusammenhang hervor, dass überdurchschnittliche SGB-II-Quoten (jeweils im Vergleich zum Landkreis Groß-Gerau insgesamt) in der Stadt Groß-Gerau, in Raunheim und in Rüsselsheim in den betrachteten Jahren ge-

geben sind. Demgegenüber sind im Beobachtungszeitraum die SGB-II-Quoten im vor-
genannten Sinne vor allem in Trebur unterdurchschnittlich hoch.

Darstellung 3.5: SGB-II-Quoten (in Prozent) im Landkreis Groß-Gerau 2009-2018



Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Kreismonitore 2009-2018 für den Landkreis Groß-Gerau

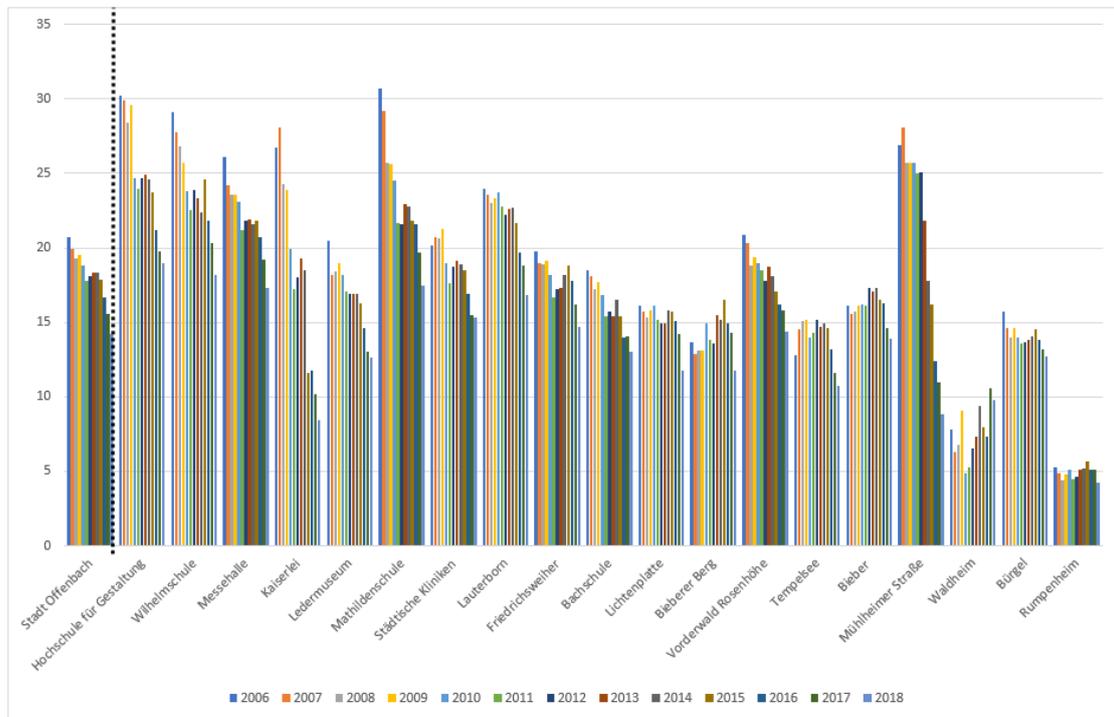
Während im Landkreis Groß-Gerau insgesamt zwischen 2009 und 2018 kein ausgeprägter Trend zu erkennen ist, haben sich für die Stadt Groß-Gerau bei einem dortigen Abwärtstrend und für Bischofsheim bei einem dortigen Aufwärtstrend über die Zeit hinweg Angleichungstendenzen im Vergleich zum gesamten Landkreis Groß-Gerau ergeben. Interessant erscheint des Weiteren der weitgehend gleichförmige Verlauf (auch im Niveau) zwischen dem Landkreis Groß-Gerau insgesamt einerseits und Mörfelden-Walldorf andererseits.

3.2.2.2 SGB-II-Quoten innerhalb der Stadt Offenbach

In der subkommunalen Betrachtung für die Stadt Offenbach zeigen sich in Darstellung 3.6 überdurchschnittliche SGB-II-Quoten (gegenüber der Stadt Offenbach insgesamt) in den statistischen Bezirken Hochschule für Gestaltung, Wilhelmsschule, Messehalle, Mathildenschule, Lauterborn und Mühlheimer Straße. Demgegenüber sind vor allem

in Waldheim und Rumpenheim unterdurchschnittliche SGB-II-Quoten (im Vergleich zur Stadt Offenbach insgesamt) zu erkennen.

Darstellung 3.6: SGB-II-Quoten (in Prozent) in Offenbach (Stadt) 2006-2018



Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Sozialberichte 2006-2018 für Offenbach (Stadt)

Grundsätzlich ergibt sich für die Stadt Offenbach über den betrachteten Zeitraum von 2006 bis 2018 hinweg ein markanter Trend zum Rückgang der SGB-II-Quoten, und zwar von 20,7 Prozent im Jahre 2006 auf 14,2 Prozent im Jahre 2018, d. h. um immerhin 6,5 Prozentpunkte.

Verglichen mit diesem Trend ist vor allem die Entwicklung im statistischen Bezirk Kaiserlei und im statistischen Bezirk Mühlheimer Straße sehr interessant. Bei ebenfalls fallendem Trend war bis 2010 die SGB-II-Quote im Kaiserlei im Vergleich zur Stadt Offenbach insgesamt überdurchschnittlich hoch, während sie seither unterdurchschnittlich hoch ist (was für eine deutliche soziale Aufwertung des Kaiserleis spricht). Ähnliches kann in Bezug auf die Mühlheimer Straße festgehalten werden: Dort war die SGB-II-Quote (gegenüber der Stadt Offenbach insgesamt) bis 2014 überdurchschnittlich und anschließend unterdurchschnittlich hoch.

Interessant erscheint auch die Entwicklung im statistischen Bezirk Bieber, denn dort zeigt sich bis 2014 eine Anstiegs- und danach eine Rückgangstendenz in Bezug auf die SGB-II-Quote. Dieser Verlauf hat dazu geführt, dass im statistischen Bezirk Bieber die SGB-II-Quote sich mittlerweile sehr stark an die Quote in der Stadt Offenbach insgesamt angenähert hat, nachdem sie noch 2006 um immerhin 4,6 Prozentpunkte niedriger als in der Stadt Offenbach insgesamt lag.

Für den statistischen Bezirk Waldheim zeigt sich zwar durchgängig eine für Offenbacher Verhältnisse unterdurchschnittlich hohe SGB-II-Quote; wegen der Anstiegstendenz in Waldheim hat sich indes die Schere zur Stadt Offenbach insgesamt verringert. Eine solche Scherenverringering lässt sich auch für Bürgel beobachten: Dort war die Rückgangstendenz bei der SGB-II-Quote schwächer ausgeprägt als in der Stadt Offenbach insgesamt, sodass in Bürgel die SGB-II-Quote zwar auch 2018 niedriger als in der Stadt Offenbach insgesamt ist, aber nur noch um 1,5 Prozentpunkte unter der allgemeinen Offenbach-Quote liegt im Vergleich zu einem Abstand von immerhin 5,0 Prozentpunkten noch 2006.

Die vorstehenden ausgewählten Befunde machen darauf aufmerksam, dass die auf der allgemeinen kommunalen Ebene festgestellte Entwicklungen zumindest teilweise von subkommunalen Entwicklungen abweichen können.

3.2.2.3 *SGB-II-Quoten-Vergleich Hessen versus Landkreis Groß-Gerau und Stadt Offenbach*

Aus Darstellung 3.7 geht für das Jahr 2016 die höhere Streuung auf der Hessenebene bei den SGB-II-Quoten gegenüber den beiden Vergleichsregionen bzw. deren internen Streuungen hervor.

Zur Streuungsmessung: Der Variationskoeffizient

Als Streuungsmessziffer dient im vorliegenden Kontext der Variationskoeffizient. Er ist nachfolgend als das Verhältnis aus der Standardabweichung (d. h. grob gesprochen: der mittleren Streuung der einzelnen Werte um den Durchschnittswert) und dem Durchschnittswert (jeweils auf die SGB-II-Quoten bezogen) definiert. Bei einem Wert des Variationskoeffizienten in Höhe von Null liegt keine Streuung im Sinne einer Abweichung der einzelnen Merkmalswerte (hier: der SGB-II-Quoten) um den Durchschnittswert vor; d. h.: in diesem Fall wären alle Merkmalsausprägungen gleich. Je höher der Wert des Variationskoeffizienten ist, desto höher ist die durch diesen Indikator gemessene Streuung der Merkmalsausprägungen.

Konkret zeigt Darstellung 3.7 einen Variationskoeffizienten für Hessen in Höhe von 0,38. Er ist höher als der Variationskoeffizient für die Stadt Offenbach (0,26) und als jener für den Landkreis Groß-Gerau (0,26). Im hier diskutierten Beispielszusammenhang ist demnach die gemessene Streuung zwischen den Gebietseinheiten (deutlich) größer als innerhalb der Gebietseinheiten.

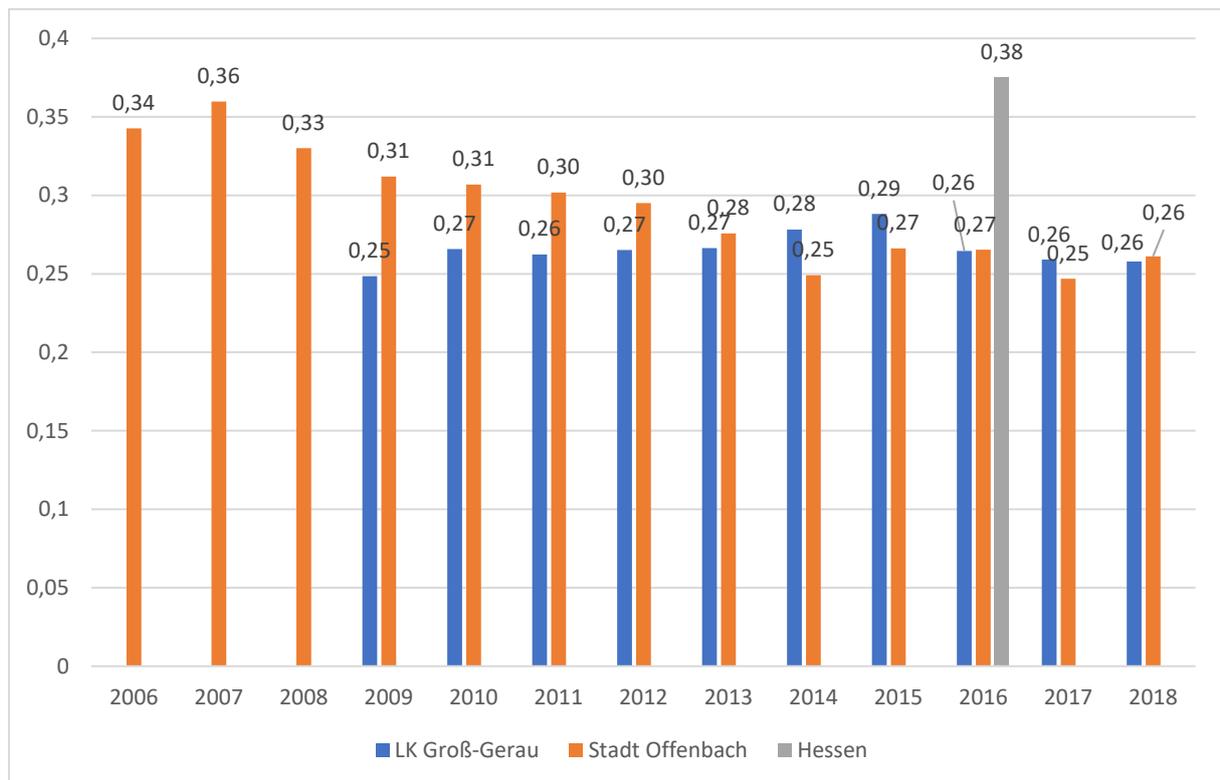
Über die Zeit hinweg offenbaren sich für die Stadt Offenbach bis 2012 Variationskoeffizienten von mindestens 0,30; danach bewegen sich innerhalb der Stadt Offenbach die Variationskoeffizienten zwischen 0,25 und 0,28. Es zeigt sich also für die Stadt Offenbach eine Tendenz zu einem Rückgang der innerstädtischen Streuung bei den SGB-II-Quoten.

Im Landkreis Groß-Gerau schwanken die ermittelten Variationskoeffizienten zwischen 0,25 und 0,28. Es ergibt sich weder eine klare Anstiegs- noch eine klare Rückgangstendenz bei der SGB-II-Quotenvariation zwischen den Groß-Gerauer Kommunen.

Vergleicht man die Entwicklungen in der Stadt Offenbach und im Landkreis Groß-Gerau miteinander, kann man feststellen, dass von 2009 bis 2013 sowie 2016 und 2018

die Intra-Streuung bei den SGB-II-Quoten im Landkreis Groß-Gerau niedriger als in der Stadt Offenbach war (jeweils am Variationskoeffizienten gemessen). Gegenteiliges galt in den Jahren 2014, 2015 und 2017. Insgesamt zeigt sich aber seit 2016, dass die Intra-Streuung in den beiden miteinander verglichenen Gebietseinheiten in etwa auf dem gleichen Niveau (des Variationskoeffizienten, in Bezug auf die SGB-II-Quoten) ist.

Darstellung 3.7: Variationskoeffizienten (SGB-II-Quoten) für Hessen, den Landkreis Groß-Gerau und die Stadt Offenbach 2006-2018



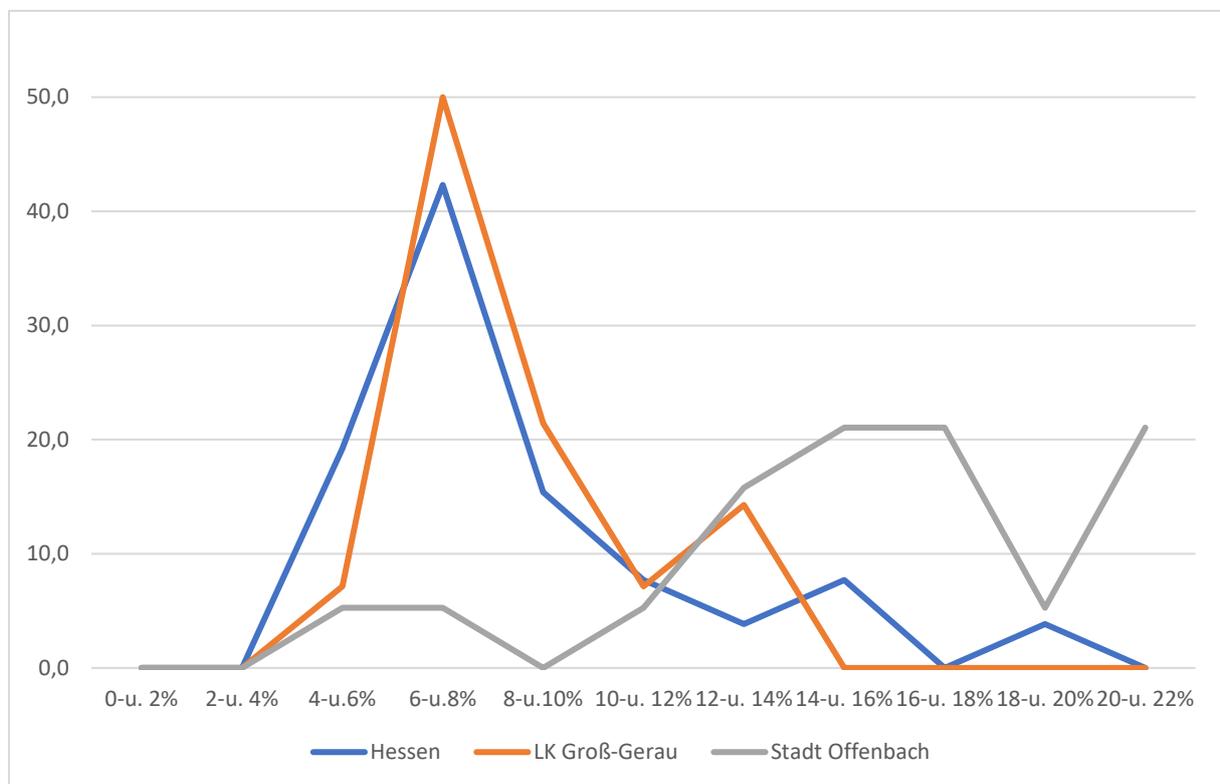
Quelle: Eigene Zusammenstellung

Für das Jahr 2016 unterstützt die nachfolgende Darstellung 3.8 die vorstehenden Befunde. In der betreffenden Abbildung sind die relativen Häufigkeitsverteilungen bezüglich der SGB-II-Quoten für Hessen (26 kreisfreie Städte bzw. Landkreise), den Landkreis Groß-Gerau (14 Kommunen) und die Stadt Offenbach (19 statistische Bezirke) dargestellt.

Während die relativen Häufigkeitsverteilungen für Hessen und den Landkreis Groß-

Gerau (idealtypisch) rechtsschief (linkssteil) sind, ist jene für die Stadt Offenbach links-schief (rechtssteil). Dabei ist die Modalklasse für Hessen und Groß-Gerau gleich („6 bis unter 8 Prozent“), aber die Streuung im Sinne der Spreizung der einzelnen X-Achsenwerte ist in Hessen erkennbar größer als in Groß-Gerau. In Offenbach ergibt sich ein trimodaler Verlauf (mit den Modalklassen „14 bis unter 16 Prozent“; „16 bis unter 18 Prozent“ und „20 bis unter 22 Prozent“). Die Verteilungsmasse ist in Offenbach deutlich weiter rechts – d. h. bei höheren SGB-II-Quoten – als in Hessen bzw. für den Landkreis Groß-Gerau angesiedelt.

Darstellung 3.8: Relative Häufigkeitsverteilungen (SGB-II-Quoten) für Hessen, den Landkreis Groß-Gerau und die Stadt Offenbach 2016 (in Prozent)



Quelle: Eigene Zusammenstellung

4. Entwicklung eines Gesamtindikators: Der Hessische Sozialstrukturindex (HSSI)

4.1 Auswahl der Subindikatoren für den HSSI nach Lebenslagenbereichen

Die Elemente des Gesamtindikators HSSI werden nachfolgend auf empirischer Datengrundlage mit Hilfe der Methode der Hauptkomponentenanalyse auf ihre Eignung zur Bildung von Indizes hin untersucht. Allgemein werden dabei metrisch skalierte Variablen zu Gruppen beziehungsweise zu Komponenten zusammengefasst. Wie in Kapitel 2 bereits erläutert, bestimmen die Ergebnisse der Hauptkomponentenanalysen jedoch nicht alleine über die Bildung der Indizes, weil sie auf der Annahme von Korrelationen zwischen den verwendeten Merkmalen beruhen, was nicht immer für die Bildung eines Indexes notwendig ist. Auch unkorrelierte Merkmale können einen sinnvollen Index bilden (formatives Messmodell, siehe Kapitel 2). Aus inhaltlichen Gründen im Sinne eines formativen Messmodells wichtige Indikatoren werden daher im Folgenden auch abweichend von den Hauptkomponentenanalysen für den Gesamtindex verwendet werden.

Wichtig für die inhaltliche Itemauswahl war die Grundüberlegung, stark differenzierte Subindikatoren wie z. B. geschlechterspezifische oder altersspezifische Indikatoren bzw. auch eine Untergliederung von Gesundheitsindikatoren in psychische oder körperliche Gesundheit zu vermeiden und daher die betreffenden Indikatoren aus der Datenbank von vorneherein von der Faktorenanalyse zur Bestimmung der Gesamtindikatorelemente auszuschließen.

Der Bildung von Lebenslagenindizes ist zudem eine Bewertung inhärent, weil die vorliegenden Umstände auf der Skala des Indexes höher oder niedriger bewertet werden. Daher sollen für die Lebenslagenindizes nur Merkmale verwendet werden, die eine solche höhere oder niedrigere Bewertung in Bezug auf den gebildeten Index rechtfertigen. Dies ist auf der Ebene von Regionen oftmals schwieriger als auf der Ebene von Personen (beispielsweise mit Befragungsdaten). Eine hohe Teilzeitquote weist z. B. einerseits auf eine hohe Erwerbsintegration hin, aber auch auf viele Personen mit einem geringen Beschäftigungsumfang. Dieser kann für die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben positiv sein, oder aber – im Fall unfreiwilliger Teilzeit – sich auch

negativ für die jeweiligen Personen auswirken. Ohne weitere Informationen zu den individuellen Umständen ist eine solche Bewertung daher schwierig. Daher findet sich z. B. die Teilzeitquote nicht im Index zur Beschäftigung wieder.

Des Weiteren wurden Indikatoren, die aus dem Mikrozensus 2015 bzw. 2016 berechnet wurden (siehe Abschnitt 3.2.1) wie z. B. der Gini-Koeffizient, relative Armutsrisiko- oder relative Reichtumsquoten nicht in den Faktorenanalysen berücksichtigt, da bei ihnen u. E. in einer etwaigen Folgestudie erst noch mittels einer längeren Zeitreihe die Stabilität der Ergebnisse geprüft werden sollte.¹⁹

Speziell für den Bereich „Gesundheit“ gilt darüber hinaus, dass weitere Indikatoren wie die Arztdichte oder die gesamte gesundheitliche Versorgung u. E. ebenfalls in einer hiermit angeregten Folgestudie näher untersucht werden und erst dann einem zu bildenden Infrastruktur-/Nahversorgungs-Index zugeschlagen werden sollten.

Generell wird im Folgenden die Bildung von aussagekräftigen Indizes mit wenigen Kernindikatoren angestrebt. Daher wurden Merkmale, die sehr hoch korrelieren und die somit redundante Informationen enthalten, dahingehend geprüft, ob einige dieser Indikatoren verzichtbar sind.

4.2 Ergebnisse der Hauptkomponentenanalysen

4.2.1 Beschäftigung und Teilhabe am Erwerbsleben

Von den Indikatoren im Bereich „Beschäftigung“ eignen sich nach einer inhaltlichen Vorauswahl für eine Hauptkomponentenanalyse vor allem die Unterbeschäftigungsquote, die Arbeitslosenquote, der Anteil der Aufstocker an den Beschäftigten, die Langzeitarbeitslosenquote sowie die Beschäftigungsquote. Aufgrund der hohen Korrelation und der großen inhaltlichen Nähe von Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote kann auf einen der beiden Indikatoren verzichtet werden. Die Arbeitslosenquote erfasst dabei eine Teilmenge der Unterbeschäftigungsquote und die Langzeitarbeitslosenquote wiederum einen Unteraspekt der Arbeitslosenquote.

¹⁹ Siehe hierzu auch unsere Ausführungen in Abschnitt 3.2.1.

Wie aus Darstellung 4.2 hervorgeht, korrelieren diese Merkmale dementsprechend stark. Für die weitere Verwendung wurde die Unterbeschäftigungsquote ausgewählt, weil sie das allgemeinere Konzept darstellt und auch Personen einschließt, die sich in Maßnahmen der Arbeitsförderung befinden oder die kurzfristig erkrankt sind. Anders als man vermuten könnte, stellt die Unterbeschäftigungsquote jedoch nicht nur ein Spiegelbild der Beschäftigungsquote dar. Beide Indikatoren hängen zwar hoch zusammen, der Zusammenhang ist jedoch nicht so stark, dass sie redundant zueinander sind (vgl. Darstellung 4.2).

Als einen inhaltlich wichtigen Indikator der Lebenslage Beschäftigung sehen wir die Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an, obwohl sie sich von ihrer Komponentenzuordnung her von den anderen Indikatoren unterscheidet (siehe Darstellung 4.1).²⁰ Grundsätzlich sind wir aber davon überzeugt, dass die vier hier relevanten Indikatoren wichtige unterschiedliche Facetten der Beschäftigung in einer Region darstellen, und verwenden diese Merkmale für die Bildung des Teilindexes zur Beschäftigung, auch wenn – wie angedeutet – die Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse in Bezug auf die Beschäftigung nicht optimal sind.²¹

Darstellung 4.1: Hauptkomponentenanalyse zu Beschäftigung und Teilhabe am Erwerbsleben (Ladungsmatrix/Mustermatrix)

	Komponente	
	1	2
Unterbeschäftigungsquote	,969	
Anteil der Aufstocker an den svB und geringfügig Beschäftigten	,942	
Beschäftigungsquote (%)	-,641	-,598
Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten je 1.000 Einw.		,899

svB = Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Quelle: Eigene Berechnungen

Eine gewisse Schwierigkeit ist – wie der Korrelationstabelle in Darstellung 4.2 zu entnehmen ist – die sehr hohe Korrelation der Unterbeschäftigungsquote mit dem Anteil

²⁰ Wird nur eine Komponente extrahiert, so beträgt die Ladung der Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nur -0,280. Dies führt ebenfalls zu dem Schluss, dass dieses Merkmal zusammen mit den anderen Variablen kein eindimensionales, auf Korrelationen beruhendes Konstrukt ist bzw. keine Komponente bildet (vgl. 2.3.2).

²¹ KMO = 0,517; erklärte Gesamtvarianz = 87,5 %. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung, Extraktion von Komponenten mit Eigenwert >1.

der Aufstocker an den Beschäftigten (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließliche geringfügig Beschäftigte). Da beide Indikatoren nicht ohne Weiteres inhaltsgleich sind, werden vorerst beide Indikatoren beibehalten.

Eine Einschränkung des beschriebenen Indexes ist die Fokussierung auf abhängig Beschäftigte. Durch die Verwendung der Erwerbsquote anstatt der Beschäftigungsquote könnte dies teilweise vermieden werden. Aufgrund etwas unstimmiger Korrelationen der Erwerbstätigenquote mit den anderen Indikatoren wurde dies jedoch nicht umgesetzt (vgl. Darstellung 4.2).

Darstellung 4.2: Korrelationstabelle der Indikatoren für Beschäftigung/Teilhabe am Erwerbsleben

	Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten	Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen	Beschäftigungsquote (%)	Anteilige Langzeitarbeitslosigkeitsquote	Unterbeschäftigungsquote	Anteil der Aufstocker an den svB u. geringfügig Beschäftigten	Erwerbstätigenquote
Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten	1,000	-0,206	-0,206	-0,180	-0,184	-0,325	-0,314
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen	-0,206	1,000	-0,414	0,885	0,966	0,946	0,432
Beschäftigungsquote (%)	-0,206	-0,414	1,000	-0,339	-0,501	-0,374	-0,428
Anteilige Langzeitarbeitslosigkeitsquote	-0,180	0,885	-0,339	1,000	0,866	0,877	0,265
Unterbeschäftigungsquote	-0,184	0,966	-0,501	0,866	1,000	0,944	0,448
Anteil der Aufstocker an den svB u. geringfügig Beschäftigten	-0,325	0,946	-0,374	0,877	0,944	1,000	0,547
Erwerbstätigenquote	-0,314	0,432	-0,428	0,265	0,448	0,547	1,000

svB = Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quelle: Eigene Berechnungen

4.2.2 Finanzielle Ressourcen

In Bezug auf die Hauptkomponentenanalyse bei den finanziellen Ressourcen wurde entschieden, aus dem Mikrozensus berechnete Größen wie die 80/20-, die 90/10-Quote oder den Gini-Koeffizienten aus den in Abschnitt 4.1 beschriebenen Gründen nicht zu berücksichtigen. Die Entscheidung gegen Ungleichheitsmaße wie den Gini-Koeffizienten oder die 80/20- und 90/10-Relation hat außerdem auch den Grund, dass es bei einer Verrechnung von Einkommenskennziffern mit Ungleichheits- bzw. Streuungsmaßen zu Interpretationsproblemen kommen kann: Ist ein schlechter Wert bei den finanziellen Ressourcen gepaart mit einer hohen Ungleichheit besser oder schlechter als ein ebenso schlechter Wert bei den finanziellen Ressourcen gepaart mit einer niedrigen Ungleichheit („Es geht allen schlecht.“)?

Anstelle der Armut- und Reichtumsquoten aus dem Mikrozensus wurden aus der INKAR-Datenbank die Anteile der „Haushalte mit hohem Einkommen“ und der „Haushalte mit niedrigem Einkommen“ verwendet.

Allerdings wird bei den beiden zuletzt genannten Subindikatoren keine Bedarfsgewichtung des Haushaltseinkommens vorgenommen, was diese beiden Subindikatoren aus wohlfahrtstheoretischem Blickwinkel als nicht ganz unproblematisch erscheinen lässt. Immerhin korrelieren – wie ergänzende Berechnungen von uns ergeben haben – zumindest die relative Einkommensarmutsgefährdungsquote aus dem Mikrozensus 2016 und der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen (ebenfalls 2016) hoch miteinander (= 0,82); bei den hohen Einkommen und der relativen Reichtumsquote (aus dem Mikrozensus 2016) ist die Korrelation zwar etwas niedriger, aber mit 0,66 immer noch recht hoch. Dennoch wäre u. E. im Rahmen einer weitergehenden Studie zu prüfen, ob aus inhaltlichen Überlegungen heraus die beiden INKAR-Indikatoren nicht besser durch Pendanten aus dem Mikrozensus – z. B. durch die Armutgefährdungs- und die Reichtumsquote – ersetzt werden sollten.

Ein weiterer Indikator, der ähnlich, jedoch nicht identisch zur Armutrisikoquote ist und der unproblematisch für regionale Analysen verwendet werden kann, ist die Mindestsicherungsquote (vgl. hierzu Munz-König (2013)), die vergleichsweise moderat mit dem Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen korreliert (vgl. Darstellung 4.4).

Der Indikator der Anzahl der Wohngeld-Haushalte wurde im Übrigen deshalb separat von den anderen Deprivations-Subindikatoren in diesem Bereich berücksichtigt, da Wohngeldbezug nicht durch die Mindestsicherungsquote abgebildet wird.

Für alle fünf in Darstellung 4.3 berücksichtigten Subindikatoren legen die Ergebnisse der Hauptkomponentenanalyse den Einbezug in den Gesamtindikator nahe, und die faktorenanalytischen Kennwerte sind zufriedenstellend.²²

Darstellung 4.3: Hauptkomponentenanalyse zu finanziellen Ressourcen (Ladungsmatrix)

	Komponente
	1
Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	,933
Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	-,922
Überschuldungsquote	,821
Anteil der reinen Wohngeldhaushalte	,816
Mindestsicherungsquote	,783

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Anteile der Haushalte mit hohem Einkommen und die Anteile der Haushalte mit niedrigem Einkommen hängen sehr stark negativ miteinander zusammen (vgl. Darstellung 4.4). Allerdings scheint es uns etwas zu einseitig, nur auf Haushalte mit hohem oder nur auf Haushalte mit niedrigem Einkommen abzustellen und auf einen der beiden Indikatoren zu verzichten. Wie oben bereits ausgeführt, sollten diese beiden Indikatoren in der vertieften Folgeanalyse auch nochmals im Zusammenspiel mit Armutsrisiko- und Reichtumsquoten aus dem Mikrozensus geprüft werden, wobei dann auch diese Frage nochmals auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Darüber hinaus existiert eine hohe Korrelation zwischen Überschuldungs- und Mindestsicherungsquote. Es handelt sich inhaltlich jedoch um voneinander getrennte Aspekte der Einkommenssituation, die sich nicht gegenseitig bedingen müssen, weshalb wir beide Merkmale beibehalten.

²² KMO = 0,715; erklärte Gesamtvarianz = 73,4 %.

Darstellung 4.4: Korrelationstabelle der Indikatoren für finanzielle Ressourcen

	Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	Anteil der reinen Wohngeldhaushalte	Überschuldungsquote	Mindestsicherungsquote
Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	1,000	-0,988	0,764	0,609	0,586
Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	-0,988	1,000	-0,778	-0,588	-0,542
Anteil der reinen Wohngeldhaushalte	0,764	-0,778	1,000	0,511	0,422
Überschuldungsquote	0,609	-0,588	0,511	1,000	0,853
Mindestsicherungsquote	0,586	-0,542	0,422	0,853	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen

4.2.3 Bildung

Mit dem Index zur Lebenslage „Bildung“ soll sowohl die Qualifikation der Beschäftigten als auch der Bildungsgrad der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter sowie die Lage in der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung abgebildet werden.

Soweit wie möglich wurden zu diesem Zweck inhaltlich passende und statistisch zu einer Dimension zusammenfassbare Merkmale ausgewählt. Es zeigt sich dabei allerdings, dass die Anteile der Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss sowie der Anteil der Gymnasiasten an den Schülern auf der einen Seite kaum mit dem Anteil der Beschäftigten ohne Berufsschulabschluss sowie der Schulabbrecherquote auf der anderen Seite korrelieren (vgl. Darstellung 4.6). Dies erklärt sich dadurch, dass diese Indikatoren die Endpunkte eines gedachten Kontinuums bilden und – offenbar aufgrund des großen Spielraums zwischen ihnen – keine Rückschlüsse aufeinander zulassen. Beide Aspekte (ein hoher und ein geringer formaler Bildungsgrad) stellen aber im Sinne eines formativen Konstrukts wichtige Facetten des regionalen Bildungsniveaus dar, sodass nach unserer Auffassung deshalb beide (Indikator-)Pole in den Index zur Bildung eingehen sollen. Trotz bzw. gerade wegen²³ der mangelnden Korrelationen zwischen den in Darstellung 4.5 abgebildeten Komponenten²⁴ bzw. den in ihnen

²³ Bei einer (sehr) hohen Korrelation der Items wären die in den Merkmalen enthaltenen Informationen eher verzichtbar.

²⁴ KMO = 0,616; erklärte Gesamtvarianz = 77,1 %, Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung, Extraktion von Komponenten mit Eigenwert >1.

enthaltenen Merkmalen werden deshalb alle dargestellten Items verwendet. Obwohl basierend auf den Annahmen der Hauptkomponentenanalyse eine zweidimensionale Struktur nahegelegt wird,²⁵ gehen wir aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen davon aus, dass sich die Lebenslage „Bildung“ durch einen eindimensionalen formativen Index mit den sechs beschriebenen Indikatoren gut abbilden lässt.

Inhaltlich bedeutet dies, dass eine hohe Qualifikationsstruktur der Bevölkerung als positiv bewertet wird. Dies ist einerseits plausibel, entspricht im Fall von Bedarfen im mittleren Bildungssegment bzw. einem Bedarf an Facharbeitern andererseits nicht immer den wirtschaftlichen regionalen Bedarfen. Dem ist entgegenzuhalten, dass es nicht um einen Index zu wirtschaftlichen Standortfaktoren geht und hoher Bildung im Sinne einer Lebenslagenanalyse auch ein Wert an sich zukommt. Dennoch könnte in einer erweiterten Analyse geprüft werden, ob auch der Anteil der Beschäftigten mit einer (gehobenen) Qualifikation unterhalb des Hochschulabschlusses sinnvoll integriert werden kann (gegebenenfalls addiert mit dem Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss). Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass auch Studien, die explizit einen Standortindex bilden, nicht umhinkommen, sich auf Schulabgänger ohne Abschluss und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife (sowie auf den Anteil der Beschäftigten mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss am Arbeitsort) zu konzentrieren (vgl. HWWI, Berenberg-Bank (2019)).

Für die Berücksichtigung der „unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen“ im Vergleich etwa zu den „3- bis 5-Jährigen in Tageseinrichtungen“ spricht, dass speziell bei den 3- bis 5-Jährigen nahezu alle betreffenden Personen fast überall in der Kinderbetreuung sein dürften; daher fiel hier die Überlegung zugunsten der unter 3-Jährigen aus, bei denen dies nicht der Fall ist. Man könnte in diesem Zusammenhang eine hohe Inanspruchnahmequote bei den unter 3-Jährigen so interpretieren, dass das entsprechende Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen als relativ gut zu bezeichnen ist (und gleichzeitig auch ein Bedarf an diesen Plätzen vorhanden ist).

²⁵ Wird nur eine Komponente extrahiert, ergeben sich für die Schulabbrecherquote und die Beschäftigten am Wohnort ohne Berufsabschluss extrem geringe Ladungen von -0,073 bzw. 0,043 auf dieser Komponente. Auch dies weist darauf hin, dass die beiden Merkmale sich aufgrund ihrer mangelnden Korrelation mit den übrigen Variablen nicht für Konstrukte eignen, die von Korrelationen zwischen den Merkmalen ausgehen (vgl. Abschnitt 2.3.2).

Eindeutiger die Angebotsstruktur erfasst der Indikator „Rechnerische Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Jahren“. Ein Nachteil ist allerdings der Bezug auf alle Arten von Kinderbetreuungseinrichtungen und eine entsprechend große Altersspanne. Weil bei jüngeren Kindern ein höherer Betreuungsschlüssel notwendig ist, können die Ergebnisse durch die demografischen Gegebenheiten beeinflusst sein. Eine Aufschlüsselung dieses Indikators in mehrere Altersgruppen wäre wünschenswert, um die Angebotsstruktur besser abzubilden.

Darstellung 4.5: Hauptkomponentenanalyse zur Lebenslage Bildung (Ladungsmatrix/Mustermatrix)

	Komponente	
	1	2
Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (%)	,938	
Rechnerische Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Jahren	,922	
Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen (%)	,773	
Gymnasiasten (%)	,761	
Beschäftigte am Wohnort ohne Berufsabschluss (%)		,893
Schulabbrecherquote (%)		,880

Quelle: Eigene Berechnungen

Der Anteil der Beschäftigten am Wohnort mit akademischem Abschluss korreliert stark mit den rechnerischen Vollzeitstellen in Kindereinrichtungen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kindern sowie mit dem Anteil der Gymnasiasten an den Schülerinnen und Schülern (vgl. Darstellung 4.6). Inhaltlich handelt es sich jedoch um verschiedene Aspekte der Bildung, weshalb im Folgenden beide Indikatoren für den Index zur Bildung verwendet werden. Einen inhaltlichen Bezug haben die Indikatoren der unter-3-Jährigen in Kindereinrichtungen und die Zahl der Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je Kind, weil unter 3-Jährige den höchsten Betreuungsschlüssel benötigen. Die Korrelation dieser Indikatoren fällt zwar relativ hoch aus, jedoch nicht derart hoch, dass von redundanten Informationen auszugehen ist. Vorbehaltlich einer zukünftigen Weiterentwicklung der genannten Aspekte, werden daher beide Indikatoren in der Analyse verwendet.

Darstellung 4.6: Korrelationstabelle der Indikatoren zur Lebenslage Bildung

	Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (%)	Gymnasias-ten (%)	Unter 3-Jäh-rige in Tages-einrichtungen (%)	Rechnerische Vollzeitstellen im pädagogi-schen Be-reich je 1000 Kinder unter 14 Jahren	Schulab-brecherquote (%)	Beschäftigte am Wohnort ohne Berufs-abschluss (%)
Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (%)	1,000	0,709	0,569	0,874	-0,052	0,052
Gymnasiasten (%)	0,709	1,000	0,419	0,522	-0,234	-0,197
Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen (%)	0,569	0,419	1,000	0,679	0,006	-0,144
Rechnerische Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Jahren	0,874	0,522	0,679	1,000	0,125	0,196
Schulabbrecherquote (%)	-0,052	-0,234	0,006	0,125	1,000	0,602
Beschäftigte am Wohnort ohne Berufsabschluss (%)	0,052	-0,197	-0,144	0,196	0,602	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen

4.2.4 Gesundheitszustand

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung lässt sich durch mehrere Kernindikatoren erfassen, wobei die Hauptkomponentenanalyse (vgl. Darstellung 4.7) zufriedenstellende Kennwerte ergibt.²⁶ Auf recht spezielle Indikatoren wie z. B. Indikatoren für die körperliche und die psychische Gesundheit wird dabei verzichtet, weil der Gesundheitszustand insgesamt abgebildet werden soll. Gleiches gilt für Aspekte der Arzneimittelverordnungen wie Verordnungen von Antibiotika und Arzneimittel für psychische Krankheiten.

²⁶ KMO = 0,804; erklärte Gesamtvarianz = 78,7%.

Darstellung 4.7: Hauptkomponentenanalyse Gesundheit (Ladungsmatrix)

	Komponente
	1
Standardisierte Arbeitsunfähigkeitstage je Versichertem (ohne Rentner*innen)	,926
Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner	,911
Standardisierte Krankenhaustage je 1.000 Versicherte	,865
Lebenserwartung	-,843

Quelle: Eigene Berechnungen

Optional wäre die Verwendung weiterer Indikatoren möglich. Für einen Überblick sind diese zusätzlich zu den für die Hauptkomponentenanalyse verwendeten Indikatoren in der Korrelationstabelle in Darstellung 4.8 angegeben. Dies gilt z. B. für die vorzeitige Sterblichkeit ($= (\text{Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter unter 65 Jahren zu einem bestimmten Zeitpunkt} / \text{Einwohner zum gleichen Zeitpunkt}) * 1.000$), die für den Gesamtindikator jedoch entbehrlich erscheint. Der Grund dafür liegt darin, dass dieser Subindikator – wie aus Darstellung 4.8 ersichtlich ist – hoch (negativ) mit dem Indikator der Lebenserwartung korreliert ($= -0,803$), was inhaltlich auch sehr plausibel ist.

Um gleichzeitig auch Aspekte des Gesundheitsverhaltens näherungsweise erfassen zu können, könnten optional auch der Body-Mass-Index (BMI) und der Anteil der Raucher aus dem Mikrozensus verwendet werden. Allerdings werden diese beiden Indikatoren nur ca. alle vier Jahre als Teil des entsprechenden Ad-hoc-Moduls des Mikrozensus erhoben und sind dabei mit gewissen Zufallsschwankungen behaftet. Der BMI ist zudem als Indikator für Übergewicht inhaltlich nicht unumstritten.

Aus diesen und aus Gründen der Operationalisierbarkeit werden nur die in Darstellung 4.7 angegebenen „Kernindikatoren“ des Gesundheitszustandes in den Gesamtindikator einbezogen.

Darstellung 4.8: Korrelationstabelle von Indikatoren zum Gesundheitszustand und Gesundheitsverhalten

	Standardisierte Arbeitsunfähigkeitstage je Versichertem (ohne Rentner*innen)	Standardisierte Krankenhaustage je 1.000 Versicherte	Vorzeitige Sterblichkeit	Lebenserwartung	Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner	Übergewichtige je 100 Einwohnern im Alter ab 18 Jahren (BMI ≥ 30 in Prozent)	Raucher je 100 volljährigen Einwohnern
Standardisierte Arbeitsunfähigkeitstage je Versichertem (ohne Rentner*innen)	1,000	0,720	0,776	-0,772	0,782	0,783	0,540
Standardisierte Krankenhaustage je 1.000 Versicherte	0,720	1,000	0,658	-0,568	0,780	0,563	0,586
Vorzeitige Sterblichkeit	0,776	0,658	1,000	-0,803	0,710	0,593	0,533
Lebenserwartung	-0,772	-0,568	-0,803	1,000	-0,662	-0,511	-0,475
Pflegebedürftige je 10.000 Einwohner	0,782	0,780	0,710	-0,662	1,000	0,798	0,464
Übergewichtige je 100 Einwohnern im Alter ab 18 Jahren (BMI ≥ 30 in Prozent)	0,783	0,563	0,593	-0,511	0,798	1,000	0,394
Raucher je 100 volljährigen Einwohnern	0,540	0,586	0,533	-0,475	0,464	0,394	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen

4.2.5 Wohnen

Um im Bereich „Wohnen“ einen Indikator für die Wohnungs- und Häuserpreise zu erhalten, können Daten von immobilenscout24 verwendet werden. Dabei wird zwischen Mietpreisen und Kaufpreisen für Wohnungen und Häuser unterschieden, sodass vier (sehr hoch miteinander korrelierende) Preisindikatoren für den Immobilienmarkt zur Verfügung stehen.²⁷ Seit Kurzem gibt es allerdings auch einen Indikator für Mietpreise in der INKAR-Datenbank. Dieser Indikator bezieht mehrere Datenquellen ein und gibt die durchschnittliche Angebotsmiete je Quadratmeter klassifiziert in Stufen unter 4 Euro, 4 bis unter 5 Euro, weiter in Ein-Euro-Stufen bis 17 Euro und mehr an.²⁸ Dieser Indikator korreliert sehr hoch mit den Miet- und Kaufpreisen von immobilenscout24 (vgl. Darstellung 4.10). Der Indikator der INKAR-Datenbank kann somit – trotz einer

²⁷ Wir würden dabei den Mietpreisen gegenüber den Kaufpreisen den Vorzug gegeben. Denn die Kaufpreise korrelieren sehr hoch mit den Mietpreisen, und gleichzeitig ist der Kauf von Wohnungen oder Häusern im Vergleich zur Miete nur einer kleineren Bevölkerungsgruppe möglich.

²⁸ Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitungen (vgl. BBSR (2019)).

geringeren Aktualität – aus Gründen der Operationalisierbarkeit und aufgrund der einfachen Verfügbarkeit anstelle der Preisindikatoren von immobilienscout24 verwendet werden. Die Mietpreise von INKAR haben aufgrund der Bereitstellung durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zudem einen amtlichen Charakter und sind im Hinblick auf künftige Gesamtindikatorberechnungen vermutlich etwas geeigneter. Ob die Preisinformationen oder die Website von immobilienscout24 eventuell umgestaltet werden, ist nämlich im Vergleich zur Kontinuität des Angebots von INKAR eher möglich.

Ein gewisses Problem stellt die Datenverfügbarkeit der Eigentümer- und der Leerstandquote auf Kreisebene dar. Die Daten liegen hier nur auf Basis des Zensus 2011 vor, sind aktuell also jeweils schon acht Jahre alt. Allerdings existieren substitutive Ergebnisse aus Befragungsdaten für Bundesländer oder kleinräumiger auf Basis spezieller Datenbasen, die nicht frei zugänglich sind, deren Anschaffung aber eventuell im Rahmen anderer (vertiefter) Untersuchungen geprüft werden könnte.

Die Qualität der Wohnungen und der Wohnumgebung ist aufgrund der Datenlage nicht Gegenstand der Analyse. Hierfür wäre eher eine Analyse auf der Haushaltsebene (durch eine Befragung von Haushalten) anstatt auf der Kreisebene sinnvoll. Auch Indikatoren der Umweltbelastung eignen sich auf Kreisebene nicht für den angestrebten Index.²⁹

Aus der Hauptkomponentenanalyse mit den für den Bereich „Wohnen“ ausgewählten Indikatoren (siehe Darstellung 4.9) ergeben sich angesichts der dargestellten Faktorladungen gute Argumente für den Einbezug aller vier verwendeten Subindikatoren in den Gesamtindikator und insgesamt gute Kennwerte für die Analyse.³⁰

²⁹ Eine Erweiterung um Umweltindikatoren wie die durchschnittlichen Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte wäre rein statistisch mit zufriedenstellenden Kennwerten der Hauptkomponentenanalyse möglich. Allerdings bilden diese Indikatoren vor allem einen Stadt-Land-Unterschied ab. Eine pauschal schlechtere Bewertung der Lebenslage Wohnen in städtischen Gebieten – über den angespannten Wohnungsmarkt hinaus – erscheint uns im Rahmen des angestrebten Indexes jedoch nicht unbedingt als sinnvoll. Im Rahmen eines gesonderten Umweltindikators wäre dies weniger problematisch. Auch dann wären jedoch kleinräumigere Differenzierungen sinnvoll.

³⁰ KMO = 0,746; erklärte Gesamtvarianz = 84,9 %.

Darstellung 4.9: Hauptkomponentenanalyse Wohnen (Ladungsmatrix)

	Komponente
	1
Wohnfläche je Einw. 2016 (qm)	,947
Mietpreise 2017 (INKAR)	-,922
Eigentümerquote 2011	,917
Leerstandsquote 2011	,899

Quelle: Eigene Berechnungen

Wie Darstellung 4.10 zeigt, korreliert die Leerstandsquote sehr stark mit den Mietpreisen und die Eigentümerquote sehr stark mit der durchschnittlichen Wohnfläche. Dies ist plausibel, weil die Leerstandsquote und die Mietpreise beide damit zusammenhängen, wie angespannt der Immobilienmarkt ist. Dies gilt im Prinzip auch für die Eigentümerquote und die durchschnittliche Wohnfläche. Dennoch stellen diese Merkmale zu einem gewissen Grad verschiedene Facetten der Lebenslage „Wohnen“ dar, und auch die Anzahl von vier Indikatoren ist mit dem Ziel vereinbar, nur wenige Kernindikatoren je Lebenslage zu verwenden. Daher werden diese Indikatoren trotz der hohen Korrelationen beibehalten. Dies bedeutet jedoch auch, dass – sollte die Datenverfügbarkeit der Eigentümer- und Leerstandsquote nicht gelöst werden können – der Verzicht auf diese beiden Indikatoren kaum zu anderen Ergebnissen des Indexes „Wohnen“ bzw. auch des Gesamtindikators führen würde.

Darstellung 4.10: Korrelationstabelle von Indikatoren zur Lebenslage Wohnen

	Kaufpreis Wohnungen 2016 (EUR/qm)	Miete Wohnungen 2016 (EUR/qm)	Kaufpreis Häuser 2016 (EUR/qm)	Miete Häuser 2016 (EUR/qm)	Leerstandsquote 2011	Eigentümerquote 2011	Wohnfläche je Einw. 2016 (qm)	Mietpreise 2017 (INKAR)
Kaufpreis Wohnungen 2016 (EUR/qm)*	1,000	0,985	0,967	0,955	-0,843	-0,803	-0,811	0,974
Miete Wohnungen 2016 (EUR/qm)*	0,985	1,000	0,974	0,970	-0,841	-0,759	-0,785	0,967
Kaufpreis Häuser 2016 (EUR/qm)*	0,967	0,974	1,000	0,988	-0,827	-0,729	-0,758	0,945
Miete Häuser 2016 (EUR/qm)*	0,955	0,970	0,988	1,000	-0,811	-0,694	-0,725	0,948
Leerstandsquote (2011)	-0,843	-0,841	-0,827	-0,811	1,000	0,693	0,765	-0,864
Eigentümerquote (2011)	-0,803	-0,759	-0,729	-0,694	0,693	1,000	0,935	-0,749
Wohnfläche je Einw. 2016 (qm)	-0,811	-0,785	-0,758	-0,725	0,765	0,935	1,000	-0,787
Mietpreise 2017 (INKAR)	0,974	0,967	0,945	0,948	-0,864	-0,749	-0,787	1,000

* Immobilienscout24

Quelle: Eigene Berechnungen

4.3 Die Gliederung des HSSI nach Bereichen

4.3.1 Übersicht über die ausgewählten Indikatoren

Die aus den fünf Lebenslagenbereichen auf Basis der Hauptkomponentenanalysen für den Gesamtindikator (HSSI) getroffene Auswahl an Subindikatoren in den fünf Lebenslagenbereichen ist in Darstellung 4.11 noch einmal zusammenfassend angegeben.

Überwiegend beziehen sich die Indikatoren auf das Jahr 2016. Teilweise sind aber auch ältere oder neuere Daten enthalten. Insbesondere Aktualisierungen unmittelbar vor Fertigstellung des vorliegenden Berichts konnten für die Zwecke der Pilotstudie naheliegender Weise nicht immer durchgeführt werden. Für eine etwaige Folgestudie sollte ein noch etwas einheitlicher Bezugszeitraum angestrebt werden. Anzustreben ist u. E. ein Kompromiss zwischen einem einheitlichen Bezugsjahr und einem aktuellen Stand. Hinzu kommt, dass einige Statistiken nur zu einem bestimmten Stichtag im Jahr verfügbar sind und manche Indikatoren (z. B. die Lebenserwartung oder die Schulabbrecherquote) sich auf den Durchschnitt mehrerer Jahre beziehen.

Darstellung 4.11: HSSI gegliedert nach Lebenslagenbereichen und Subindikatoren*Beschäftigung:*

<i>Indikator</i>	<i>Jahr der Datenerhebung</i>
Unterbeschäftigungsquote	(Dez.) 2016
Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten je 1.000 Einwohner	2016
Anteil der Aufstocker an den sozialversicherungspflichtig und den ausschließlich geringfügig Beschäftigten	(Sept.) 2016
Beschäftigungsquote	2016

Finanzielle Ressourcen:

<i>Indikator</i>	<i>Jahr der Datenerhebung</i>
Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	2016
Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	2016
Mindestsicherungsquote	(Dez.) 2016
Überschuldungsquote	2017
Anteil der reinen Wohngeldhaushalte	2016

Bildung:

<i>Indikator</i>	<i>Jahr der Datenerhebung</i>
Quote der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen	2016
Schulabbrecherquote	2013-2016
Beschäftigte am Wohnort ohne Berufsabschluss (in %)	2015
Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (in %)	2015
Gymnasiastenanteil an den Schülern	2015
Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Lebensjahren	(1. März) 2017

Gesundheit:

<i>Indikator</i>	<i>Jahr der Datenerhebung</i>
Lebenserwartung insgesamt	2013/2014/2015
Arbeitsunfähigkeitstage	2016
Anteil Pflegebedürftige	2015
Standardisierte Krankenhaustage je 1.000 Versicherte	2017

Wohnen:

<i>Indikator</i>	<i>Jahr der Datenerhebung</i>
Wohnfläche je Einwohner in m ²	(31.12.)2016
Eigentümerquote	2011
Leerstandsquote	2011
Mietpreise	2016

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Die grau unterlegten Subindikatoren sind von ihrer inhaltlichen Aussagekraft her konträr zu einem Deprivationsindex konstruiert, da bei ihnen ein höherer Wert positiv interpretiert wird und nicht – wie für einen Bestandteil eines Deprivationsindexes angemessen – negativ. Daher müssen die jeweils ermittelten Indikator-Werte (die sogenannten Z-Werte) jeweils noch mit (-1) multipliziert werden, damit sie in die gleiche Richtung weisen wie die anderen Subindikatoren (d. h. in Richtung Deprivation).

4.3.2 Konkrete Inhalte der ausgewählten Indikatoren

Darstellung 4.12 enthält die Definitionen der ausgewählten Subindikatoren.

Darstellung 4.12: Definitionen der HSSI-Elemente

Beschäftigung:

<i>Indikator</i>	<i>Definition</i>
Unterbeschäftigungsquote	(Unterbeschäftigte / Erweiterte Bezugsgröße aller zivilen Erwerbspersonen) * 100 <i>Anmerkung:</i> „In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankt sind.“ (https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Definitionen/Berechnung-der-Arbeitslosenquote/Berechnung-der-Arbeitslosenquote-Nav.html). <i>Quelle:</i> Bundesagentur für Arbeit.
Quote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte WO <Zeitpunkt> / E 15-<65 Jahre <Zeitpunkt> * 1.000 <i>Quelle:</i> INKAR
Anteil der Aufstocker an den sozialversicherungspflichtig und den ausschließlich geringfügig Beschäftigten	(Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Aufstocker / SvB) * 100 + (Ausschließlich geringfügig Beschäftigte Aufstocker / ausschließlich geringfügig Beschäftigte) * 100 <i>Anmerkung:</i> „Mit dem Begriff Aufstocker werden diejenigen Personen bezeichnet, die neben Arbeitslosengeld nach dem SGB III auch Arbeitslosengeld II beziehen. Es handelt sich demnach um Personen, deren Arbeitslosengeld nicht ausreicht, um den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft zu decken. Das Arbeitslosengeld wird um die entsprechenden Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II ‚aufgestockt‘.“ (Bundesagentur für Arbeit 2019, S. 10). <i>Quelle:</i> Bundesagentur für Arbeit.
Beschäftigungsquote	(SvB am Wohnort 15-64 Jahre / Bevölkerung 15-64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.06.) <i>Quelle:</i> Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

SvB = Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Finanzielle Ressourcen:

Indikator	Definition
Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	(Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen bis unter 1.500 Euro/Monat / Anzahl Haushalte) * 100 <i>Anmerkung:</i> Die Haushaltsnettoeinkommen sind nicht bedarfsgewichtet. <i>Quelle:</i> INKAR.
Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	(Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen von 3.600 Euro/Monat und mehr / Anzahl Haushalte) * 100 <i>Anmerkung:</i> Die Haushaltsnettoeinkommen sind nicht bedarfsgewichtet. <i>Quelle:</i> INKAR.
Mindestsicherungsquote	(Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen ³¹ / Gesamtbevölkerung) * 100. <i>Quelle:</i> Statistische Ämter des Bundes und der Länder.
Überschuldungsquote	(Anzahl der Personen mit Negativmerkmalen bezüglich Überschuldung / Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren) * 100 <i>Anmerkung:</i> „Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen.“ <i>Quelle:</i> Schuldner-Atlas (Creditreform Wirtschaftsforschung 2018).
Anteil der reinen Wohngeldhaushalte	(Anzahl der reinen Wohngeldhaushalte / Gesamtzahl Haushalte) * 100 <i>Anmerkung:</i> Reine Wohngeldhaushalte sind solche Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder einen Anspruch auf Wohngeld haben (siehe z. B. Statistisches Bundesamt 2018)).

Bildung:

Indikator	Definition
Quote der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen	(Anzahl der betreuten unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen (Stichtag: 01.03.) / Bevölkerung der unter 3-Jährigen (Stichtag: 31.12. des Vorjahres)) * 100. <i>Quelle:</i> Wegweiser Kommune.
Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss verlassen, an allen Schülern. <i>Quelle:</i> Statistische Ämter des Bundes und der Länder.
Beschäftigte am Wohnort ohne Berufsabschluss (in %)	(Anzahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss / Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) * 100 <i>Anmerkung:</i> Es geht hier um den Wohnort eines Beschäftigten. <i>Quelle:</i> INKAR.
Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (in %)	(Anzahl der Beschäftigten mit akademischem Abschluss / Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) * 100 <i>Anmerkung:</i> Es geht hier um den Wohnort eines Beschäftigten. <i>Quelle:</i> INKAR.
Gymnasiastenanteil	Anteil der Gymnasiasten an allen Schülern
Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Lebensjahren	Anzahl der entsprechenden rechnerischen pädagogischen Vollzeitstellen in Tageseinrichtungen für Kinder / 1.000 Kinder unter 14 Jahren. <i>Quelle:</i> Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

³¹ Zu den Mindestsicherungsleistungen zählen Gesamtregelungen (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II): „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (vgl. Procksch (2019)).

Gesundheit:

<i>Indikator</i>	<i>Definition</i>
Lebenserwartung insgesamt	Anzahl an Jahren, die ein Neugeborener im Durchschnitt noch leben würde, wenn sich die im Berichtszeitraum gemessenen Sterblichkeitsverhältnisse im gesamten Leben dieses Kindes nicht verändern. <i>Quelle: BBSR.</i>
Arbeitsunfähigkeitstage	Anzahl der standardisierten Arbeitsunfähigkeitstage je BKK-Mitglied, ohne Rentner (direkte Standardisierung nach Alter und Geschlecht mit GKV-Mitgliederzahlen als Standardpopulation). <i>Quelle: BKK-Gesundheitsreport 2017 (Knieps, Pfaff (2017)).</i>
Rate der Pflegebedürftigen	Anzahl der Pflegebedürftigen je 10.000 Einwohner. <i>Quelle: INKAR.</i>
Standardisierte Krankenhaustage	Standardisierte Krankenhaustage je 1.000 BKK-Versicherte (direkte Standardisierung nach Alter und Geschlecht mit GKV Mitgliederzahlen als Standardpopulation). <i>Quelle: BKK-Gesundheitsreport 2018 (Knieps, Pfaff 2018).</i>

Wohnen:

<i>Indikator</i>	<i>Definition</i>
Wohnfläche je Einwohner in m ²	Wohnfläche / Gesamtbevölkerung. <i>Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.</i>
Eigentümerquote	(Anzahl der von Eigentümer/-innen bewohnten Wohnungen / Gesamtzahl nicht leerstehender Wohnungen) * 100. <i>Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.</i>
Leerstandsquote	Anzahl der leerstehenden Wohnungen / Gesamtzahl an Wohnungen) * 100. <i>Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.</i>
Mietpreis	Durchschnittsmiete <i>Anmerkung:</i> Berücksichtigt werden Wohnungen zwischen 40 und 130 m ² . Es handelt sich um Nettokaltmieten ohne Nebenkosten für nicht-möblierte Wohnungen. Dieser Indikator gibt die durchschnittliche Angebotsmiete je m ² klassifiziert in Stufen unter 4 €, 4 bis unter 5 €, weiter in Ein-Euro-Stufen bis 17 € und mehr an. <i>Quelle: INKAR.</i>

Quelle: Eigene Zusammenstellung

4.4 Ergebnisse für die Subindikatoren nach Lebenslagenbereichen

Auf den vorstehenden methodischen Grundlagen aufbauend werden im Folgenden zunächst Ergebnisse für die einzelnen Lebenslagenbereiche präsentiert.

Nachfolgend sind in Tabellenform die Lebenslagen-Noten für die Pilotregionen angegeben.³² Hinsichtlich der Ergebnisinterpretation ist zu beachten, dass eine hohe Note mit einer großen Deprivation einhergeht (und umgekehrt). Noten unterhalb von 3,5 spiegeln – wie bereits erwähnt – eine Besserstellung im Vergleich zum hessischen Durchschnitt wider; entsprechend gibt eine Note oberhalb von 3,5 eine Schlechterstellung gegenüber dem hessischen Durchschnittswert bei dem jeweiligen Indikator an. Beispielsweise schwankt die Durchschnittsnote bei den finanziellen Ressourcen zwischen (unterdurchschnittlichen) 3,23 im Landkreis Fulda und (überdurchschnittlichen) 4,77 in der Stadt Offenbach.

Die in Darstellung 4.13 angegebenen Befunde zeigen, dass die Stadt Offenbach in vier der fünf Lebenslagenbereiche die schlechteste Durchschnittsnote aufweist. Nur im Gesundheitsbereich (Platz 2 hinter dem Landkreis Groß-Gerau) ist die Stadt Offenbach nicht Letzter.

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg nimmt in zwei der fünf Lebenslagenbereiche die Spitzenposition ein (in den Bereichen „Beschäftigung“ und „Wohnen“). Im Bereich „Finanzielle Ressourcen“ liegt der Landkreis Fulda vorne, im Bereich „Bildung“ der Landkreis Gießen und im Bereich „Gesundheit“ – wie bereits erwähnt – der Landkreis Groß-Gerau.

³² Die den einzelnen Noten zugrundeliegenden Z-Werte können auf Wunsch mitgeteilt werden.

Darstellung 4.13: Noten gegliedert nach Lebenslagenbereichen und Subindikatoren*Beschäftigung:*

<i>Indikator</i>	<i>Stadt Of-fenbach</i>	<i>Landkreis Groß-Ge- rau</i>	<i>Landkreis Gießen</i>	<i>Landkreis Fulda</i>	<i>Landkreis Waldeck- Frankenberg</i>
Unterbeschäftigungsquote	6,00	3,66	4,21	2,47	2,91
Geringfügigen-Anteil	3,10	2,86	4,60	4,79	4,23
Anteil der Aufstocker an den sozialversicherungs-pflichtig und den ausschließlich geringfügig Beschäftigten	6,00	3,66	3,56	2,69	2,81
Unterbeschäftigungsquote	3,23	2,58	5,44	3,20	2,11
Durchschnittsnote „Be-schäftigung“	4,69*	3,19	4,45	3,29	3,01

* Dieser Durchschnittswert ergibt sich – gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2) – als in eine Note umgerechneter durchschnittlicher Z-Wert bei der Beschäftigung. Der aus den angegebenen Noten bei der Beschäftigung für Offenbach berechnete arithmetische Mittelwert beträgt hingegen 4,58 und ist niedriger, weil bei der „Unterbeschäftigungsquote“ und beim „Aufstocker-Indikator“ eine Noten-„Kappung“ auf 6,00 stattfand (gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2)) bzw. ohne diese Kappung der betreffende Notenwert jeweils größer als 6,00 ist.

Finanzielle Ressourcen:

<i>Indikator</i>	<i>Stadt Of-fenbach</i>	<i>Landkreis Groß-Ge- rau</i>	<i>Landkreis Gießen</i>	<i>Landkreis Fulda</i>	<i>Landkreis Waldeck- Frankenberg</i>
Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen	4,59	3,26	4,13	3,60	3,75
Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen	2,51	3,69	2,95	3,13	3,09
Mindestsicherungsquote	6,00	3,86	3,61	2,60	2,76
Überschuldungsquote	6,00	3,33	3,15	2,70	3,43
Anteil der reinen Wohngeld-haushalte	4,48	4,06	3,24	4,10	5,20
Durchschnittsnote „Finanzielle Ressourcen“	4,77*	3,64	3,42	3,23	3,65

* Dieser Durchschnittswert ergibt sich – gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2) – als in eine Note umgerechneter durchschnittlicher Z-Wert bei den finanziellen Ressourcen. Der aus den angegebenen Noten bei den finanziellen Ressourcen für Offenbach berechnete arithmetische Mittelwert beträgt hingegen 4,72 und ist niedriger, weil bei der „Mindestsicherungsquote“ und bei der „Überschuldungsquote“ eine Noten-„Kappung“ auf 6,00 stattfand (gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2)) bzw. ohne diese Kappung der betreffende Notenwert jeweils größer als 6,00 ist.

Bildung:

<i>Indikator</i>	<i>Stadt Of-fenbach</i>	<i>Landkreis Groß-Ge-rau</i>	<i>Landkreis Gießen</i>	<i>Landkreis Fulda</i>	<i>Landkreis Waldeck-Frankenberg</i>
Quote der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen	3,96	4,90	3,32	4,39	3,98
Schulabbrecherquote	5,69	3,83	3,42	2,97	4,19
Beschäftigte am Wohnort ohne Berufsabschluss (in %)	6,00	4,34	3,87	2,98	3,73
Beschäftigte am Wohnort mit akademischem Abschluss (in %)	3,84	3,96	3,42	4,13	4,60
Gymnasiastenanteil	4,16	4,40	4,38	4,45	4,10
Vollzeitstellen im pädagogischen Bereich je 1.000 Kinder unter 14 Lebensjahren	3,48	3,95	3,84	4,31	4,16
Durchschnittsnote „Bildung“	4,64*	4,23	3,71	3,87	4,13

* Dieser Durchschnittswert ergibt sich – gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2) – als in eine Note umgerechneter durchschnittlicher Z-Wert bei der Bildung. Der aus den angegebenen Noten bei der Bildung für Offenbach berechnete arithmetische Mittelwert beträgt hingegen 4,52 und ist niedriger, weil beim „Beschäftigtenanteil ohne Berufsabschluss“ eine Noten-„Kappung“ auf 6,00 stattfand (gemäß der obigen Transformationsformel (vgl. Abschnitt 2.3.2)) bzw. ohne diese Kappung der betreffende Notenwert größer als 6,00 ist.

Gesundheit.

<i>Indikator</i>	<i>Stadt Of-fenbach</i>	<i>Landkreis Groß-Ge-rau</i>	<i>Landkreis Gießen</i>	<i>Landkreis Fulda</i>	<i>Landkreis Waldeck-Frankenberg</i>
Lebenserwartung insgesamt	3,96	3,83	3,44	2,87	4,29
Arbeitsunfähigkeitstage	4,06	3,60	4,24	4,10	4,75
Anteil Pflegebedürftige	2,93	2,80	3,55	4,46	4,60
Standardisierte Krankenhaustage	3,41	2,72	4,04	4,06	4,67
Durchschnittsnote „Gesundheit“	3,59	3,24	3,82	3,87	4,58

Wohnen:

<i>Indikator</i>	<i>Stadt Of-fenbach</i>	<i>Landkreis Groß-Ge-rau</i>	<i>Landkreis Gießen</i>	<i>Landkreis Fulda</i>	<i>Landkreis Waldeck-Frankenberg</i>
Wohnfläche je Einwohner in m ²	5,28	4,16	3,29	2,93	2,42
Eigentümerquote	4,91	3,47	3,51	3,14	2,88
Leerstandsquote	3,13	3,00	3,59	4,53	4,45
Mietpreise	3,82	3,82	3,15	2,81	2,48
Durchschnittsnote „Wohnen“	4,29	3,61	3,39	3,35	3,06

Quelle: Eigene Berechnungen

4.5 Indexzusammenführung: Sensitivitätsbetrachtungen – Ergebnisse für die Pilotregionen

Die Gesamtindikator-Z-Werte und damit die Gesamtindikator-Notenwerte haben wir in den Vergleichsregionen in den in Kapitel 2 genannten 28 Szenarien berechnet.

Es ergibt sich die nachfolgende Ergebnistabelle (mit Notenangaben). Sozusagen für die Hauptvariante 1 (d. h. für die Gleichgewichtung der Lebenslagenbereiche) lautet dabei – wie aus Darstellung 4.14 ersichtlich ist – die Notenreihenfolge: 1. LK Fulda, 2. LK Groß-Gerau, 3. LK Waldeck-Frankenberg, 4. LK Gießen, 5. Stadt Offenbach.

Darstellung 4.14: HSSI-Notenwerte der Pilotregionen

Variante	Stadt Offenbach	LK Groß-Gerau	LK Gießen	LK Fulda	LK Waldeck- Frankenberg
1	4,40	3,58	3,76	3,52	3,68
2	4,41	3,57	3,77	3,51	3,67
3	4,41	3,60	3,75	3,52	3,70
4	4,38	3,58	3,75	3,52	3,71
5	4,40	3,58	3,74	3,51	3,67
6	4,41	3,59	3,77	3,53	3,68
7	4,38	3,56	3,78	3,53	3,69
8	4,40	3,57	3,76	3,51	3,65
9	4,38	3,59	3,76	3,54	3,72
10	4,40	3,60	3,75	3,53	3,68
11	4,37	3,57	3,75	3,53	3,69
12	4,51	3,52	3,82	3,43	3,56
13	4,50	3,71	3,69	3,53	3,76
14	4,32	3,53	3,71	3,53	3,83
15	4,44	3,60	3,63	3,44	3,57
16	4,49	3,63	3,87	3,54	3,64
17	4,31	3,45	3,89	3,54	3,72
18	4,43	3,52	3,81	3,45	3,46
19	4,30	3,64	3,76	3,65	3,92
20	4,42	3,70	3,68	3,55	3,65
21	4,23	3,53	3,70	3,55	3,73
22	4,58	3,61	3,59	3,37	3,67
23	4,54	3,39	4,10	3,41	3,35
24	4,52	3,91	3,73	3,70	3,91
25	3,99	3,41	3,79	3,70	4,13
26	4,34	3,60	3,57	3,44	3,37
27	4,57	3,57	3,69	3,38	3,60
28	4,55	3,43	4,00	3,40	3,41

Quelle: Eigene Berechnungen

Aus der vorstehenden Tabelle ist für die Stadt Offenbach ersichtlich, dass diese in sämtlichen 28 Varianten (deutlich) oberhalb des (Deprivations-)Niveaus des hessischen Referenzwertes (mit einer Note von 3,5) liegt. Für den Landkreis Groß-Gerau gilt Analoges; allerdings sind die entsprechenden Abweichungen vom hessischen Referenzwert deutlich weniger stark ausgeprägt als im Fall der Stadt Offenbach. Tendenziell auf dem hessischen Referenzniveau angesiedelt sind schließlich die anderen drei Landkreise. Leitet man aus den vorstehenden (Durchschnitts-)Noten für jede Variante die Platzierung der einzelnen Vergleichsregionen ab, ergibt sich das nachfolgende Bild (fett gedruckt sind Abweichungen von der üblichen Rangfolge).

Darstellung 4.15: HSSI-Platzierungen der Pilotregionen

Variante	Stadt Offenbach	LK Groß-Gerau	LK Gießen	LK Fulda	LK Waldeck- Frankenberg
1	5	2	4	1	3
2	5	2	4	1	3
3	5	2	4	1	3
4	5	2	4	1	3
5	5	2	4	1	3
6	5	2	4	1	3
7	5	2	4	1	3
8	5	2	4	1	3
9	5	2	4	1	3
10	5	2	4	1	3
11	5	2	4	1	3
12	5	2	4	1	3
13	5	3	2	1	4
14	5	1,5	3	1,5	4
15	5	3	4	1	2
16	5	2	4	1	3
17	5	1	4	2	3
18	5	3	4	1	2
19	5	1	3	2	4
20	5	4	3	1	2
21	5	1	3	2	4
22	5	3	2	1	4
23	5	2	4	3	1
24	5	3,5	2	1	3,5
25	4	1	3	2	5
26	5	4	3	2	1
27	5	2	4	1	3
28	5	3	4	1	2

Bei Ranggleichheit wurde die Rang-Mitte angegeben, z. B. „3,5“ als Mitte für 3./4. Platz.

Quelle: Eigene Berechnungen

Die übliche regionale HSSI-Reihenfolge ist, wie auch aus den nachfolgenden SPSS-Häufigkeitstabellen hervorgeht (und bereits eingangs zu diesem Abschnitt für den Fall der Gleichgewichtung der Lebenslagenbereiche angegeben): 1. LK Fulda, 2. LK Groß-Gerau, 3. LK Waldeck-Frankenberg, 4. LK Gießen, 5. Stadt Offenbach.

Darstellung 4.16: SPSS-Häufigkeitstabellen (Ränge) beim HSSI – Pilotregionen

Stadt Offenbach

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	4,0	1	3,6	3,6	3,6
	5,0	27	96,4	96,4	100,0
	Gesamt	28	100,0	100,0	

Landkreis Groß-Gerau

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1,0	4	14,3	14,3	14,3
	1,5	1	3,6	3,6	17,9
	2,0	15	53,6	53,6	71,4
	3,0	5	17,9	17,9	89,3
	3,5	1	3,6	3,6	92,9
	4,0	2	7,1	7,1	100,0
	Gesamt	28	100,0	100,0	

Landkreis Gießen

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	2,0	3	10,7	10,7	10,7
	3,0	6	21,4	21,4	32,1
	4,0	19	67,9	67,9	100,0
	Gesamt	28	100,0	100,0	

Landkreis Fulda

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1,0	21	75,0	75,0	75,0
	1,5	1	3,6	3,6	78,6
	2,0	5	17,9	17,9	96,4
	3,0	1	3,6	3,6	100,0
	Gesamt	28	100,0	100,0	

Landkreis Waldeck-Frankenberg

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1,0	2	7,1	7,1	7,1
	2,0	4	14,3	14,3	21,4
	3,0	15	53,6	53,6	75,0
	3,5	1	3,6	3,6	78,6
	4,0	5	17,9	17,9	96,4
	5,0	1	3,6	3,6	100,0
	Gesamt	28	100,0	100,0	

Quelle: Eigene Berechnungen

5. Sozialpolitische Handlungsebenen der Schwerpunktregionen

5.1 Sozialpolitische Aufgabenstellungen und Umsetzungsschritte – Bestandsaufnahme und Anregungspotenzial für die Politik

5.1.1 Problemstellung der qualitativen Studie

Die vorliegende Pilotstudie enthält für fünf unter Beteiligung des Beirats dieser Studie ausgewählte Schwerpunktregionen in Hessen einen Überblick über die vorhandenen Einrichtungen und Aktivitäten im sozialen Bereich.

Die untersuchten Landkreise umfassen mit dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung ausgestattete Kommunen, die Landkreise haben klare von den einzelnen Kommunen abgesetzte Kompetenzen, so neben der kommunalen Rechtsaufsicht vor allem gestufte Zuständigkeiten im sozialen Bereich. In den Städten gibt es diese rechtliche Rangordnung zwar nicht, wohl aber gibt es auch hier Unterschiede, etwa bei der sozialen Infrastruktur in den einzelnen Stadtteilen.

Eine qualitative Bestandsaufnahme der sozialen Infrastruktur ist nicht mit einer Evaluation gleichzusetzen. Von daher können in dieser Pilotstudie keine Aussagen zur Wirksamkeit einzelner Einrichtungen bzw. Vorgehensweisen erwartet werden. Es geht in diesem Teil der Pilotstudie um einen Überblick für jede der fünf Gebietskörperschaften. Auf Substrukturen kann nur in dem Maße eingegangen werden, als etwa publizierte kommunale Berichte bzw. diejenigen anderer Träger sowie die Experteninterviews explizit darauf verweisen. Kleinräumige, auf die Kommunen bezogene Darstellungen und Analysen müssen kommunale Berichte leisten. In der vorgelegten Pilotstudie aber geht es um die Vernetzung der Landespolitik mit der kommunalen Ebene, und da spielen die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte eine besonders gewichtige Rolle.

5.1.2 Umsetzungsschritte

Wie im quantitativen Teil dieser Pilotstudie wurden zunächst öffentlich zugängliche Informationen zu den sozialen Gegebenheiten in den fünf Gebietskörperschaften zusammengetragen – offizielle und solche von Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen. Diese sind:

- Informationen auf Homepages,
- weitere dort angebrachte Links zu anderen Beteiligten,
- lokale und regionale Berichte, soweit veröffentlicht.

Diese hier gewonnenen Informationen wurden unter folgenden Stichworten zusammengefasst:

LK/Stadt insgesamt, Leitbild, Kreisverwaltung, Sozialdezernat, Altenarbeit, Ausländerwesen, Dorf- bzw. Regionalentwicklung, Migration und Integration, Frauenbüro/-förderung, Kinder, Jugend, Pflege, Psychosoziale Beratung, Schule, Schulsozialarbeit, Selbsthilfe, Sozialpsychiatrischer Dienst, Sport und Jugendarbeit, Soziales allgemein.

Hieraus wurde eine Auswahl getroffen. Insgesamt fanden sich wichtige Hinweise auf Schwerpunkte in den fünf Gebietskörperschaften. Nach Abgleich mit den gewonnenen quantitativen Daten wurden nun politisch verantwortliche Persönlichkeiten der Gebietskörperschaften als Expertinnen und Experten interviewt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden in die zuvor erarbeiteten Charakterisierungen eingearbeitet, als Modifikation, als Erweiterung und als Ausgangspunkt für weitere Recherchen. Als Expertinnen und Experten wurden die im jeweiligen Landkreis für Soziales zuständigen Verantwortlichen, daneben im Landkreis Gießen exemplarisch Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege angesprochen.

5.1.3 Sozialpolitische Aufgabenstellungen der kommunalen Gebietskörperschaften

Die sozialpolitischen Aufgaben der Kommunen sind Teil des gestuften Sozialstaates zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, inzwischen erweitert durch die Ebene der Europäischen Union. Dabei gibt es *Auftragsangelegenheiten der Kommunen* durch das Land, etwa beim Ausländerrecht. Daneben gibt es *Pflichtaufgaben*, bei denen die kommunalen Gebietskörperschaften keinen Ermessensspielraum haben, etwa beim Adoptionsrecht. Außerdem dominieren die *pflichtigen Aufgaben*, die zwingend vorgeschrieben sind, deren Umsetzung allerdings kommunale Spielräume offenlässt, wie z. B. bei der vorschulischen Betreuung und Erziehung sowie im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Dieser Bereich ist im Regelfall gesetzlich normiert (etwa: KiFöG oder SGB VIII). Und schließlich gibt es Spielräume für *freiwillige soziale Leistungen*, bei denen die Kommunen selbst entscheiden, ob und wie sie etwas machen (etwa: offene Jugendhilfe). Die Erfüllung von Pflichtaufgaben unterliegt der Rechts- und Fachauf-

sicht des Landes, die von pflichtigen Aufgaben ebenfalls der abgestuften Rechtsaufsicht. Den Landkreisen kommt dabei häufig die Rechtsaufsicht über die kommunalen Maßnahmen zu. Bei den freiwilligen Aufgaben ist von Relevanz, ob sie finanziell gesichert sind.

Folglich gibt es in allen fünf hier vorgestellten kommunalen Gebietskörperschaften zahlreiche sozialpolitisch relevante Einrichtungen, wenngleich auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen fußend. Exemplarisch werden untersucht:

1. Frühe Hilfen und Beratung im Zusammenhang mit § 218 StGB,
2. Kindertagesstätten und Kindertagespflege,
3. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt Schulsozialarbeit,
4. Ausländerbüros,
5. Gleichstellungsstellen und
6. Hilfen im Alter sowie generationenübergreifende Initiativen.

Diese Einrichtungen sind im Regelfall von Kommune zu Kommune bzw. von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich organisiert, in ihnen kommt es zu Arbeitsteilungen bzw. Kooperationen zwischen kommunalen und freigemeinnützigen Trägern. Deren Ausgestaltung ist Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Doch zeigen sich Unterschiede, nicht zuletzt aufgrund des jeweiligen Umfelds und der Binnenstruktur der ausgewählten Gebietskörperschaft. Selbst zwischen und in den stärker ländlichen Kreisen weichen die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Wirtschaftsstruktur und die Infrastruktur stark voneinander ab, erst recht gibt es große Unterschiede zwischen den betrachteten Landkreisen und der Stadt Offenbach. Hinzu kommen Unterschiede bei den finanziellen Spielräumen der Gebietskörperschaften.

Sozialpolitisches Handeln hat es z. T. mit Konstanten zu tun – von der Kinder- bis hin zu der Altenbetreuung, immer aber auch mit neuen Herausforderungen. Standards verändern sich, soziale Interessenträger oder politische Kreise erkennen neue Bedarfe und suchen nach Lösungen. Hier spielen oftmals kleinere Initiativen eine wichtige Rolle. Was für den föderalen Staatsaufbau³³ gilt, gilt auch für die Kommunen bzw.

³³ Vgl. Grasse (2001).

Landkreise: Es besteht auf der einen Seite die Chance zur *Kooperation*, auf der anderen Seite kommt es auch zu einem *Wettbewerb* um die besten Lösungen. Kooperation und Wettbewerb bieten gute Chancen für eine Weiterentwicklung der sozialen Ausgestaltung des Gemeinwesens.

Bei einem interkommunalen Vergleich interessieren also die Spezifika – sei es von der Problemstellung her, sei es von der konzeptionellen Herangehensweise, vom Setting der Akteure aus betrachtet und schließlich mit Blick auf mögliche Ergebnisse. Hier könnte nun ein interkommunales, wechselseitiges Lernen einsetzen, wie es die *Methode der offenen Koordination*³⁴ nahelegt. Es geht also nicht um ein Ranking, sondern um ein Kennenlernen, ein Vermitteln von Anregungen und gegebenenfalls um neue Schritte der interkommunalen Zusammenarbeit.

³⁴ Vgl. Boeck; Huster; Benz; Schütte (2017), S. 107ff.

5.2 Soziale Infrastruktur in hessischen Gebietskörperschaften – eine systematische Zusammenfassung

5.2.1 Soziale Rahmendaten: Demografie, Arbeit und Armut

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Geringer Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund; Zunahme der Alterspopulation, Abwanderung der Jüngeren • Relativ hoher Anteil Produzierendes Gewerbe, 60 % tertiärer Sektor, niedrige Arbeitslosenquote • Hoher Anteil an Niedrigeinkommen: Gastronomie und Tourismus • Gleichwohl niedrige Armutsquoten 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachkräfte • Halten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im LK 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung der Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse mit dem Ziel, Perspektiven für lokale Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Motto: „Unser Landkreis – unsere Zukunft“ • Kooperation mit der Jugendberufsagentur (zusammen mit dem Schwalm-Eder-Kreis)
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Vier Hochschulen • 75 % der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich • Dominanz der Wirtschaftszweige Gesundheits- und Sozialwesen • Relativ geringer Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund • Kinder- und Altersarmut 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnraum • Fachkräfte • Integration von Jugendlichen in Erwerbsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung der ‚Soziale Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH‘ • Initiative des LK zur Jugendförderung • Überbetriebliche Ausbildung durch ZAUG und Jugendwerkstatt (DW) 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerungsversuche des LK in kommunale Projekte der Daseinsvorsorge (Wohnen, Jugend etc.)

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelständische Familienunternehmen • Gut 2/3 der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich • Hohe Ausbildungskapazität • Geringer Ausländeranteil • Sehr niedrige Arbeitslosenquote • Insgesamt niedrige Armutsrisikoquoten, aber höher bei Ausländern bzw. bei Menschen mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwierigkeiten bei der Fachkräftebeschaffung • Ausbildungsplätze für Jugendliche aus den ländlichen Teilen des LK 	<ul style="list-style-type: none"> • LK als Optionskommune: Ausnutzen des Potenzials von Erwerbsfähigen • „Arbeitscoach“ an Schulen ab 7. Schuljahr • Betreuung von jungen Auszubildenden in einem Heim für Auszubildende in Fulda („Pings“) 	<ul style="list-style-type: none"> • Armut durch Integration in den Arbeitsmarkt vermindern
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Hoher Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund • Positive Bevölkerungsentwicklung • AL-Quote knapp über Landesdurchschnitt • Höhere Quoten bei Kinder- und Jugendarmut als im Landesdurchschnitt; noch deutlich höheres Armutsrisiko bei Ausländern 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwierigkeiten bei der Fachkräftebeschaffung • Hohe Quote an Unterversorgten bezogen auf Erwerbsarbeit • Gravierende Wohnraumproblematik 	<ul style="list-style-type: none"> • LK als Optionskommune • Keine Differenzierung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, vielmehr alle: „normale Bevölkerung“. Suche nach „passgenauen“ Vermittlungsangeboten für jeden Einzelnen, „bunte Mitarbeiterschaft“ im Jobcenter 	<ul style="list-style-type: none"> • Motto: „Liebenswert, lebenswert, wirtschaftlich stark“ • Ausgeprägte Netzwerkstrukturen, lange Erfahrung bei Beschäftigungsförderung • Ausdifferenzierte Ausbildungs- und Beschäftigungsstrategie • Verzicht auf Sonderprogramme für Personen mit Migrationshintergrund

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Vollzogener wirtschaftlicher Strukturwandel, nunmehr 4/5 der Gesamtwirtschaft im Dienstleistungsbereich • Hohe Arbeitslosenquote (ca. 9,5 %) und Armutsquote • Hoher Anteil an Ausländern (fast 40 %) und von Menschen mit Migrationshintergrund (gut 60 %) 	<ul style="list-style-type: none"> • Anforderung an Integrationsleistungen • Wohnraumversorgung • Sozialräumliche Segregation, allerdings rückläufig 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Anstrengungen, sozialräumliche Segregation abzubauen 	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir machen Offenbach fit für die Zukunft“ • Absenken der SGB II-Hilfequoten bei Kindern und Jugendlichen seit 2014 erfolgreich verlaufen

5.2.2 Schwangerschaftskonfliktberatung und „Frühe Hilfen“

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Schwangerschaftskonfliktberatung bei Diakonischem Werk und Caritas-Verband: Beratungsangebote 		<ul style="list-style-type: none"> • „Frühe Hilfen“ • Familienhebammen • DW: präventive sexualpädagogische Angebote 	Netzwerkkoordination
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Schwangerschaftskonfliktberatung • Kleinkinder 	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfen für Familien 	<ul style="list-style-type: none"> • „Frühe Hilfen“, • flächendeckend Familienhebammen • Betreuung von Kindern in Familien in den ersten drei Lebensjahren 	
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt bei Schwangerschaftskonfliktberatung, in hohem Maße durch SKF 	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfen bei Geburt bzw. Betreuung und Erziehung von Kleinkindern 	<ul style="list-style-type: none"> • „Frühe Hilfen“ • Netzwerk für junge Familien und Alleinerziehende in Kooperation öffentlicher Stellen mit freien Trägern und Kirchen Netzwerke aufgebaut 	<ul style="list-style-type: none"> • Interkommunale Zusammenarbeit mit LK Hersfeld-Rotenburg
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Schwangerschaftskonfliktberatung 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Erziehungs-, Bindungs- und Beziehungskompetenz der Eltern und des Selbstwertgefühls und der Selbstwirksamkeit bei Kindern und Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • „Frühe Hilfen“ • Netzwerkbildung zwischen LK, Kommunen, offiziellen Dienststellen, privaten Trägern etc., koordiniert und finanziert durch LK 	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerkbildung
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Schwangerschaftskonfliktberatung 		<ul style="list-style-type: none"> • „Frühe Hilfen“ • Begleitung von Familien mit einem Kind bis zu einem Jahr 	

5.2.3 Vorschulische Erziehung

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> Umfangreiches Angebot an Kindertagesstätten, unterschiedliche Träger und mit integrativer Ausrichtung 	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Kitas Höherer Bedarf an Betreuungskräften Integrative Betreuung von Kindern 	<ul style="list-style-type: none"> Fachberatung und Fachaufsicht beim LK Organisation eines Austauschs über Fachdienst Aufbau eines Netzwerkes zur gezielten Qualifizierung von Personen zu Kindertagespflegekräften; bislang 250 Personen vermittelt Team aus einem Sozialpädagogen/in und einem/einer Verwaltungsangestellten: Einzelfallentscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> Kita mit 24-stündiger Öffnungszeit an 7 Tagen in der Woche Großbetrieb hält Betriebs-Kita mit Öffnungszeiten von 6 – 19.30 h vor (Schichtarbeit) Lebenshilfe: drei integrative Familienzentren LK eines der drei Pilotprojekte des BTHG
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> Weltanschaulich ausdifferenziertes Angebot an Kitas 	<ul style="list-style-type: none"> Angebot an Betreuungsplätzen: Ausbau hält nicht mit der wachsenden Nachfrage Schritt Sicherung des Betreuungsangebotes in den östlichen, ländlichen Teilen des LK Viele Kinder mit Migrationshintergrund Familienangebote Kinderschutz 	<ul style="list-style-type: none"> Fachberatung und Fachaufsicht Kindertagespflege; Fachkreise und Arbeitsgruppen Förderung für Bildung von Familienzentren Regionale Frühprävention 	<ul style="list-style-type: none"> Erteilen von Ausnahmegenehmigungen („Notgruppen“) Ausdifferenzierte pädagogische Konzepte in den Kitas AWO – Konzept zur Tagespflege: Beschäftigungsverhältnis über freien Träger Weiterbildungsmaßnahme „Vorurteilsbewusste Erziehung“

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Angebot an Kindertagesstätten und Kindertagespflegekräften 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachkräfte in Kitas • Weiterer Bedarf an Kita-Plätzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachaufsicht beim LK • Beteiligung an einem Landesprogramm zur Ausbildung von Migrantinnen für die Erzieherinnenausbildung • Vermittlung von Kindertagespflegekräften • Familienzentren in der Stadt Fulda 	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Angebot an Hilfen unterschiedlicher Art im Zusammenspiel zwischen öffentlichen und freien Trägern.
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Angebot an Plätzen in Kitas und bei Kindertagespflege • Über die Hälfte der Kinder mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> • Platzkapazitäten reichen nicht • Erzieherinnen und Erzieher werden von Frankfurt wie von einem Staubsauger abgezogen 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachaufsicht und Fachberatung • Ausbau der Kapazitäten • Ausbau von Familienzentren • Weiterentwicklung von Tagespflegestützpunkten • Fachdienst Kindertagesbetreuung 	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Netzwerkes durch freie Wohlfahrtspflege • Präventionsprojekte „DRIN“(DW)

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Angebot für Kinder und Familien 	<ul style="list-style-type: none"> • Mangel an Fachkräften: ca. ein Sechstel mit fachfremden Personen besetzt 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachaufsicht und Fachberatung • Zusammen mit Arbeitsverwaltung werden ungelernte Kräfte zu Erzieherinnen und Erziehern fortgebildet • Kinder mit Migrationshintergrund werden frühzeitig auf Bedeutung der vorschulischen Erziehung hingewiesen • Elternbildung, um Eltern auf Tagesbetreuung hinzuweisen 	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Beratungsangebot, um auf die Bedeutung der vorschulischen Betreuung für Kinder hinzuweisen

5.2.4 Schulsozialarbeit und Jugendhilfe

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Schulangebot, v. a. kleine Grundschulen • 6 Schulen in freier Trägerschaft, 3 berufliche Schulen, selbständige rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung der SuS 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachdienst Schulen und Bildung: Gewährleistung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten • Seit 2008 Schulsozialarbeit und soziales Training, 21 Schulen beteiligt (1/2 – 1 Stelle pro Schule) • Programm „JUMP“: Schulabschluss und berufl. Ausbildung von SuS von Haupt- und Förderschulen 	<ul style="list-style-type: none"> • Leitbild: „Bildung Schlüssel für die Integration von Jugendlichen“ • Zusammenarbeit mit Staatl. Schulämtern in den benachbarten LK Schwalm-Eder-Kreis und W.-F.
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Schulangebot, auch im ländlichen Bereich 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung der SuS • Kinderarmut • Politische Bildung • Straffällig gewordene Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 2008 Schulsozialarbeit bzw. „Sozialarbeit an Schulen“, bis 2021 flächendeckend in allen Schulen • Teil der offenen Jugendhilfe, Einstieg in institutionelle Betreuung • Unterstützung von bedürftigen Familien und Kindern über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus • Stärkung der Sozialkompetenzen von Kindern und Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Set an Angeboten der offenen Jugendhilfe durch freie Wohlfahrtspflege • Betreuungsangebot für Kinder, deren Eltern sich scheiden lassen wollen (Caritas) • AKTION: Perspektiven für junge Menschen und Familien e. V.

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Schulangebot • Auch und gerade im ländlichen Bereich, z. T. nur zwei-klassige Grundschulen 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung von SuS 	<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckend „Arbeitscoach“: Unterstützung der SuS ab 7. Schuljahr bei Ausbildungs- und Berufswahl • Parallel freie Wohlfahrtspflege bei der Betreuung von SuS präsent • Jugendbildungswerk des LK • Jugendberufshilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitscoach und Zentralisierung von Teilen der beruflichen Ausbildung in der Kreisstadt • „youngcaritas“: Förderung des sozialen Engagements von Jugendlichen • SKF: „Rosenbrot“ – Behebung von Kinderarmut
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Schulangebot, hoher Anteil an Gesamtschulen 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung der SuS 	<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit, Kreisschulen, aber auch mindestens ½ Stelle an Grundschulen • Flächendeckendes Netzwerk <i>Schulgemeinde</i>: Brückenfunktion zu anderen Institutionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Inklusionsleitbild des LK: „Keiner verlässt die Schule ohne Abschluss“

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Breites Schulangebot 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung der SuS 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterer Ausbau der Ganztagschulen • Entwicklung eines eigenständigen Präventionskonzeptes: <i>Methodenkoffer für Lehrer und Schüler</i> • Breites Angebot der Jugendhilfe: intensive Einzelfallarbeit für Jugendliche mit prekären Schulbiografien • Breites Angebot der offenen Jugendhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Schulsozialarbeit nur an vier Schulen • Ausgeprägtes Interventions- und Betreuungsmodell im Rahmen der Einzelfallhilfe, unter Beteiligung der freien Wohlfahrtspflege • Seit 1998 Kinder- und Jugendparlament

5.2.5 Migrantinnen und Migranten

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> Niedriger Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> Betreuung und Integration 	<ul style="list-style-type: none"> Fachdienst Ausländerwesen: Rechtsfragen, Sprachqualifizierung, Zugang zu Kitas, niederschwellige Hilfen bei beruflicher Qualifizierung bis zum Berufseinstieg Fallmanager für Ausländer: Gezielte Einzelfallhilfe, Kleine Wohneinheiten WIR-Programm 	<ul style="list-style-type: none"> Leitbild: „Eine lebenswerte Region mit einer offenen, demokratischen Gesellschaft“
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen Unbegleitete ausländische Minderjährige 	<ul style="list-style-type: none"> Wohnraum/muttersprachliche psychotherapeutische Versorgung 	<ul style="list-style-type: none"> Mehrstufige Angebote der freien Wohlfahrtspflege im Auftrag des LK bzw. der Kommune WIR-Programm Stadt Gießen: Integrationskonzept 	<ul style="list-style-type: none"> Netzwerk verschiedener Initiativen
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> Relativ niedriger Anteil an Personen mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> Betreuung und Integration 	<ul style="list-style-type: none"> Zuwanderungsamt Arbeitsmarktbüro 	<ul style="list-style-type: none"> Breites Engagement der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund Flüchtlingsproblematik seit 2015 	<ul style="list-style-type: none"> Integration der Flüchtlinge in das Bildungssystem Wohnraumversorgung – teils Wohnungen völlig überbelegt 	<ul style="list-style-type: none"> Büro für Integration <i>Integrationslotsen</i> für Flüchtlinge: Alltagsbedarfe und Rechtsfragen 	<ul style="list-style-type: none"> Leitbild: „Zugehörigkeit fördern, Teilhabe ermöglichen!“ Aktivitäten der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Hoher Ausländeranteil und von Menschen mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungs- und Betreuungsbedarf • Migration innerhalb der EU: Hilfebedarfe, aber auch negative Begleiterscheinungen wie Sozialmissbrauch, Wohnungsüberbelegung, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrationsbeauftragter seit 2007 • Förderung einer Vielzahl von Migrantenorganisationen • Teilnahme am WIR-Programm • Breites Angebot von Stadt und freier Wohlfahrtspflege • Integration und Hilfen vor Ort für Migrantinnen und Migranten vor allem aus Osteuropa • Quartiersmanagement und Streetwork (unter Einbindung der Ordnungspolitik der Stadt) 	<ul style="list-style-type: none"> • „<i>Offenbacher Integrationspreis</i>“ • Runder Tisch Islam • Alle zwei Jahre Integrationsmonitoring

5.2.6 Frauenförderung und Gleichstellung

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie im ländlichen Raum, insbesondere bei Alleinerziehenden 	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie 	<ul style="list-style-type: none"> Frauenbüro als Koordinationsstelle Lebens- und Arbeitssituation „häusliche Gewalt“ Beratungs- und Freizeitangebote 	<ul style="list-style-type: none"> Regionales Bündnis (Kommunen, Wirtschaft, Gesundheitswesen u. a. m.): Generationenübergreifende Arbeit zur besseren Vereinbarkeit, Spenden finanziert
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> Frauenförderung Chancengleichheit generell Probleme von Alleinerziehenden im ländlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> Chancengleichheit für alle Gruppen und Individuen Gewaltprävention – Frauen und Beruf – Frauen in der Politik Förderung 	<ul style="list-style-type: none"> Frauenbüro, „Arbeitskreis Frauen gegen Gewalt im LK“ Gewaltprävention in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge zum Schutz von Frauen und Homosexuellen Thema in allen Dienstversammlungen der Frauenbeauftragten im LK Besonderer Blick auf Alleinerziehende im ländlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> Gewaltprävention auch durch freie Wohlfahrtspflege
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> Gesetzlicher Auftrag: verfassungsrechtliches Gleichheitsgebot 	<ul style="list-style-type: none"> Gewalt in Familien 	<ul style="list-style-type: none"> Frauenbüro des LK SKF: Beratungsstelle und Frauenhaus 	<ul style="list-style-type: none"> Häusliche Gewalt wird als öffentliche Angelegenheit angesehen.

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Genderprobleme als Folge veränderter Haushaltsstrukturen • Ausländer-/Migrationsstatus als Problem 	<ul style="list-style-type: none"> • Probleme bei der Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes • Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • Büro für Frauen und Chancengleichheit • Zusammenarbeit mit Büro für Integration • Arbeitskreis gegen Gewalt • „Zukunft von Familie und Kindheit“: Auswirkungen und Anforderungen von veränderten Familienstrukturen auf die öffentliche Bildung und Erziehung • Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • Ziel: Verbesserung der geschlechter- und nationalitätsübergreifenden Gleichberechtigung
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Probleme bei der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen • Hohe Alleinerziehendenquote 	<ul style="list-style-type: none"> • Gleichberechtigung in Gesellschaft und am Arbeitsplatz, häusliche Gewalt etc. • Vereinbarkeit von Familie und Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> • Frauenbüro • 2018: 1. Kommunaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern • Konzept „Teilzeitausbildung“ – Berufsausbildung für junge Mütter • Als Optionskommune: Arbeitsvermittlung erst, wenn die Kinderbetreuung geregelt ist – Familienservice im Jobcenter • DW und Caritas: Anti-Gewalt-Beratung 	<ul style="list-style-type: none"> • „Arbeitsförderung ist Genderpolitik“

5.2.7 Seniorenarbeit: Betreuung, Pflege und intergenerative Angebote

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Besonderheit	Kommunale Antworten	Merkmal
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Älter werdende Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Altersgerechtes Wohnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegestützpunkt • Sicherstellung altersgerechter Wohnungen: Mehrgenerationenhäuser • Förderung des Baus altersgerechter Wohnungen • Altenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Bau wohnortnaher kleinerer Wohneinheiten, um die Verbindung der Seniorinnen und Senioren zu ihrem Heimatort aufrechtzuerhalten
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Ca. ein Fünftel der Bevölkerung ist älter als 65 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung, Betreuung, Pflege • Haushaltnahe Hilfen im Alter unterfinanziert 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungs- und Koordinierungsstelle im LK (BeKo) • Pflegestützpunkt • Intergenerative Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Familienzentren als Beitrag zum intergenerativen Austausch und Zusammenarbeit • Personell-institutionalisierte Koordination
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Ca. ein Fünftel älter als 65 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme erwartet 	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegestützpunkt des LK • „Senior-Guide-Programm“ • Angebote der freien Träger 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrgenerationeneinrichtungen
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Ca. ein Fünftel älter als 65 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfen bei alltäglichen Besorgungen, Hilfestellungen für Senioren • Demenzerkrankte 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungs- und Koordinationsstellen in allen Kommunen • Aufbau eines Netzwerkes Ehrenamtlicher für die Generationenhilfe • Netzwerk Demenz 	<ul style="list-style-type: none"> • AWO: präventive Beratung im Bereich „Diebstahlskriminalität“ • DW: Mehrgenerationenhaus

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Umfangreiche Angebote für Senioren 	<ul style="list-style-type: none"> • Wachsendes Problem: Altersarmut 	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Altenplanung • Pflegestützpunkt • Freie Wohlfahrtspflege breit vertreten • Mehrgenerationenhäuser • Intergenerative Angebote • Mehrgenerationengarten der AWO 	<ul style="list-style-type: none"> • Differenzierte Sicht auf intergenerative Angebote und deren Inanspruchnahme etwa durch Senioren • Bei Schaffung neuer Angebote finanziellen Möglichkeiten von Senioren berücksichtigen, um Ausschlussmechanismen vorzubeugen

5.2.8 Besonderheiten

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Ländlicher Raum • Selbsthilfegruppen im LK • Öffentliche Fördermittel 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt bzw. Stützen kleiner ‚Rest‘-Gemeinden 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachdienst Dorf- und Regionalentwicklung • Selbsthilfekontaktstelle • BTHG und WIR 	<ul style="list-style-type: none"> • Teil am Leader-Programm • Vorteil des ländlich geprägten LK: „Man kennt sich.“ – traditionelle Netzwerkstrukturen
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung des LK, insbesondere des ländlichen Raums • Jugend im ländlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierter Ansatz mit zahlreichen Einzelaspekten • Initiative „Jugendgerechter Landkreis – jugendgerechte Städte und Gemeinden“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Gestaltung des Gemeinwesens
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung des ländlichen Raums 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme am Leader-Programm: • Breit aufgestelltes Konzept von Dorferneuerung bis Ausbau Breitbandnetzwerk 	<ul style="list-style-type: none"> • Konkrete Vernetzung von Akteuren: „Jeder kennt jeden!“ • Starke Netzwerkbildung • Zusammenwirken LK und Träger der freien Wohlfahrtspflege
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung 		<ul style="list-style-type: none"> • Zahlreiche Netzwerke • Interkommunale Zusammenarbeit • Regelmäßiger ausführlicher Kreismonitor zu Sozialdaten als Grundlage für eine kontinuierliche Fortschreibung der Sozialplanung 	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialmonitoring

Gebietskörperschaft	Ist-Zustand	Bedarfe	Kommunale Antworten	Besonderheiten
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Ausdifferenzierte soziale Infrastruktur • „Freiwilligenzentrum Offenbach“ • „Selbsthilfebüro“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Immer noch: differenzierte und zum Teil diffizile Problemlagen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines Masterplans: Lebensqualität in der Stadt verbessern und Wirtschaftsstandort stärken – 10 Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Masterplanbeirat: Stadt, Verein „Offenbach offensiv“ und Vertreter der Lokalen Agenda 21 • „Diakoniekirche“, Ev. Kirchengemeinde und DW • Starke Vernetzung

5.2.9 Kritische Einwände und Wünsche

Gebietskörperschaft	Kritische Einwände	Bedarfe	Wünsche an die Landes- und Bundespolitik	Besonderheiten
LK Waldeck-Frankenberg	<ul style="list-style-type: none"> • Nichteinhalten des Konnexitätsprinzips bei einigen Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlicher Nahverkehr • Erhalt von Wohnungen bzw. Gebäuden in den Kommunen • Gesundheitliche Versorgung auf dem Lande 	<ul style="list-style-type: none"> • Einhalten des Konnexitätsprinzips beim BTHG • Zwar Förderung des Kita-Ausbaus, aber zu geringe Unterstützung der dort geleisteten Betreuung (örtliche Träger) • Regelungen zur besseren ärztlichen Versorgung auf dem Lande 	
LK Gießen	<ul style="list-style-type: none"> • Fördermittel des Landes werden in Anspruch genommen, allerdings bestehen dabei Ungereimtheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Aus Anschubfinanzierung muss eine Dauerfinanzierung werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Zurverfügungstellung von Budget für einzelne soziale Bereiche • Jugendarbeit als Pflichtaufgabe in Städten und Gemeinden verankern • Personalsituation im ÖGD muss verbessert werden • Neugestaltung der Finanzierung der KiTas wie im Schulbereich • Stärkere Förderung von Frauenhausplätzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Dauerhafte Finanzierung über kommunalen Finanzausgleich

Gebietskörperschaft	Kritische Einwände	Bedarfe	Wünsche an die Landes- und Bundespolitik	Besonderheiten
LK Fulda	<ul style="list-style-type: none"> • Zu enge Vorgabe bei einigen Förderangeboten des Landes • Übertragbarkeit von Projektmitteln auf ein anderes Projekt leider oft nicht möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorgeben eines Budgets 	<p>Verstetigung der „Frühen Hilfen“ Verbesserung der personellen Ausstattung des Ministeriums Quantitative und qualitative Verbesserung der Unterstützung bei der Integration von Asylbewerberinnen und -bewerbern</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer vergleichenden Sozialberichterstattung
LK Groß-Gerau	<ul style="list-style-type: none"> • Inanspruchnahme von Fördermitteln, aber große Unterschiede bei der Relation Bewerbungsaufwand und Gewährung bzw. zugestandener Autonomiegrad der Kommunen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarf an zusätzlicher Landesförderung 	<p>Verbesserung der Vergabepraxis insbesondere bei der Gemeinwesenarbeit und bei den Familienzentren</p>	
Stadt Offenbach	<ul style="list-style-type: none"> • Inanspruchnahme von externen Fördermitteln, externe Förderung aber unzureichend 	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlende Komplementärmittel bzw. keine Möglichkeit, nach Ablauf der Anschubfinanzierung, Projekte selbst voll zu finanzieren seitens der Stadt bei Inanspruchnahme von Landesmitteln • Fehlende Erzieherinnen und Erzieher • Sozialer Wohnungsbau 	<p>Ausbau des vor- und des schulischen Bereichs, Ganztagesbetreuung Verstärkung der dualen Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher Stärkere Finanzierung durch das Land und Dauerfinanzierung, Ausrichtung der Förderpolitik an einem Sozialindex Bessere Finanzierung von Frauenprojekten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Koppelung der Landesförderung an einen Sozialindex

5.2.10 Sonderauswertung Wohlfahrtsverbände im LK Gießen

Ist-Zustand	Bedarfe	Monenda	Wünsche an die Landes- und Bundespolitik	Besonderheiten
<ul style="list-style-type: none"> • Sehr gute Zusammenarbeit mit Landkreis und Stadt • Netzwerkbildung trotz Konkurrenz untereinander • Sehr gute Zusammenarbeit im Zusammenhang von „Sozialarbeit in Schulen“ • Regelmäßige Koordination, keine Doppelstrukturen • Versorgung in der Fläche schwierig, aber in Teilbereichen vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungsverträge mit Lohnanpassungen • Ausbau bzw. Erhalt einiger Beratungs- und Betreuungseinrichtungen • Große Defizite bei Allgemeiner Lebensberatung • Erhalt von haushaltsnahen Dienstleistern durch sachgemäße Kostenübernahme der Leistungsträger • Hilfen für Alleinerziehende, gerade im ländlichen Raum verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwierigkeit der Einwerbung und Abrechnung von ESF-Mitteln, letzteres z. T. nicht nachvollziehbar • Finanzierung folgt nicht immer den Bedarfen • Jugendhilfe schöpft nicht die Möglichkeiten des SGB VIII, bezogen auf das Lebensalter der jungen Menschen aus. Betreuung endet meist bei Erreichen der Volljährigkeit. Forderung: mindestens bis zur alten Volljährigkeitsgrenze von 21 Jahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Ansprechpartner im HMSI für Beratung bei Projektmittelakquise • Verbesserung der Fachlichkeit im HMSI • „Ideen entstehen in der Praxis – darauf müsste die Refinanzierung ausgerichtet sein.“ • Bessere Steuerung der Pflege, am besten über Kommunen, nicht aber über den Markt • Dezentrale Sozialberichterstattung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen zunehmende Verunsicherung von Menschen in einer digitalisierten Welt, aber zugleich Nutzbarmachung der Möglichkeiten für die Soziale Arbeit: „Digital braucht sozial!“

6. Schlussbetrachtung

In dem vorliegenden Projekt ging es u. a. darum, für fünf ausgewählte hessische Regionen zu beginnen, eine soziodemografisch unterlegte Datenbank aufzubauen und mit ihrer Hilfe in fünf Lebenslagenbereichen aussagekräftige Subindikatoren zu sammeln, die schließlich in einem Gesamtindikator gebündelt werden.

Der solcherart entwickelte Hessische Sozialstruktur-Index – kurz: HSSI – mit seinen Elementen bietet aus unserer Sicht ausreichend Platz für konkrete Diskussionen über den sozialpolitischen Status hessischer Regionen. Außerdem soll er dazu anregen, zumindest ansatzweise auch auf der kommunalen bzw. sogar auf der subkommunalen Ebene ein in sich kohärentes, aber – wie unten ausgeführt – nicht vereinheitlichtes regionales Sozialmonitoring in Hessen zu entwickeln. In diesem Sinne sind in der vorliegenden Studie auch erste Monitoring-Beispiele auf der kommunalen Ebene (für den Landkreis Groß-Gerau) bzw. auf der subkommunalen Ebene (für die Stadt Offenbach) gegeben worden.

Eine Aufgabe einer vertieften Analyse zum regionalen Sozialmonitoring sollte es u. E. sein, an einzelnen Stellen die Zusammenstellung der einzelnen Indikatoren noch zu verfeinern. Dies gilt etwa in Bezug auf die Entwicklung auch noch eines Gesundheitsstruktur- bzw. Nahversorgungs-Indexes oder im Hinblick auf die Berücksichtigung differenzierter Wohlstandsinformationen aus dem Mikrozensus und hinsichtlich der Berücksichtigung aktueller, aber nicht kostenfreier Daten für den Bereich „Wohnen“ (etwa zum Wohnungsleerstand).

Zudem sollte es Gegenstand einer etwaigen vertieften Betrachtung sein, mithilfe eines Gesamtindikators (bzw. mithilfe lebenslagenspezifischer Indikatoren) zeitliche Entwicklungen auf der regionalen Ebene in das Blickfeld zu nehmen. Auf diese Weise kommen Auf- und Abstiegsprozesse zwischen den einzelnen Regionen zum Ausdruck, was auf der Handlungsebene sozialpolitische Problemlagen zu erkennen und zeitnah zu bekämpfen hilft.

Insgesamt zeigen die Darstellung und die Analyse der sozialen Herausforderungen und der vorfindbaren sozialpolitischen Antworten bereits in unserer Pilotstudie, dass und wie die allgemeine Daseinsvorsorge verbessert und notwendige Hilfestellungen in den hier ausgewählten fünf Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt werden. Es liegt daher nahe, sich entsprechende Projekte näher anzusehen und darüber nachzudenken, ob und inwieweit diese auf andere lokale Gegebenheiten übertragbar sind.

Deutlich wird im Einzelnen bereits aus den Befunden unserer Pilotstudie:

- a.) Es gibt bekanntermaßen klare *kommunale Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten*, die wahrgenommen werden müssen. Dieses betrifft die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen und Einrichtungen. Daneben sind diese nicht selten Anlass, um freiwillig alleine oder in Kooperation mit anderen Trägern eine über die gesetzlich vorgeschriebenen Standards hinausgehende Erweiterung bzw. Konkretisierung vorzunehmen.
- b.) Zugleich zeigen sich *regionale Besonderheiten* bzw. Schwerpunkte. So folgen aus dem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten in Offenbach und im Landkreis Groß-Gerau ganz andere Erfordernisse als etwa bei deren relativ geringem Anteil an der Gesamtbevölkerung im Landkreis Fulda und im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Offenbach setzt hier gezielt Fördermaßnahmen in der Breite ein, während Fulda und Waldeck-Frankenberg sehr viel spezifischer vorgehen können. Angesichts der hohen Dichte von Personen mit Migrationshintergrund verzichtet der Landkreis Groß-Gerau auf spezifische Hilfen für diesen Personenkreis: Alle – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – werden dabei unterstützt, ein für sie passendes Angebot zu finden.
- c.) Gerade die drei vor allem auch ländlich geprägten Landkreise Waldeck-Frankenberg, Fulda und Gießen sehen sich der Aufgabe gegenübergestellt, ihre *ländlichen Gebiete* weiterzuentwickeln sowie wirtschaftlich und sozial zu fördern. Dabei zeigen sich interessante Ansätze über die allgemeinen Zielsetzungen beim Öffentlichen Nahverkehr, der ärztlichen Versorgung, der allgemeinen Versorgung, der Dorfsanierung und anderes mehr hinaus. Im Landkreis Waldeck-Frankenberg werden neue Wohnformen für Ältere im Dorf erprobt, im

Landkreis Fulda werden gezielt auch Schulen in kleineren dörflichen Gemeinden erhalten, im Landkreis Gießen gibt es flächendeckend Schulsozialarbeit, auch an kleineren Grundschulen.

- d.) Die *ländlichen Gebiete weisen (tendenziell) niedrigere relative Einkommensarmutsrisikoquoten* aus. Allerdings haben es diese z. B. mit besonderen Formen von *Altersarmut* zu tun, nämlich der Vereinzelung und Vereinsamung älterer Menschen, deren Kinder und Enkelkinder arbeitsmarktbedingt weggezogen sind bzw. wegziehen mussten.
- e.) Alle hier betrachteten Gebietskörperschaften sind mit dem Problem der *Kinderarmut* konfrontiert, vor allem der von Kindern aus Alleinerziehendenhaushalten mit Migrationshintergrund. Neben unmittelbaren Hilfestellungen in einzelnen Landkreisen oder durch die freie Wohlfahrtspflege gibt es institutionelle Ansätze, die Ausgangspunkt für eine Weiterentwicklung hin zu Präventionsketten sein können.
- f.) Kritisch gesehen werden in allen fünf hier qualitativ betrachteten Pilotregionen Teile der Refinanzierung durch das Land, aber auch durch die Europäische Union. Es besteht ganz offensichtlich ein Zwiespalt zwischen einer überlokalen Steuerung sozialer Projekte und deren Umsetzung und Verstetigung auf kommunaler Ebene. Hier stehen diverse Forderungen im Raum, die es zukünftig zu prüfen und zu würdigen gilt. Wichtig erscheint uns daher, dass etwa die Landespolitik auf der Basis der exemplarischen Ergebnisse der Pilotstudie in die Lage versetzt wird, eine noch zielgerichtetere Förderpolitik zu betreiben. Dass gerade die Stadt Offenbach, die beim quantitativen Ranking häufig „hinten“ steht, eine entsprechende Forderung formuliert, unterstreicht die Notwendigkeit einerseits einer langfristigen und ausdifferenzierten dezentral-vergleichenden Sozialberichterstattung, andererseits einer Umorientierung der Landesförderpolitik im Sinne der dabei gewonnenen Ergebnisse.
- g.) Insgesamt gibt es in allen fünf Gebietskörperschaften ein ausgeprägtes *Neben-, aber auch Miteinander zwischen kommunalen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege*. Die Zusammenarbeit mit den großen Trägern der freien Wohlfahrtspflege ist wichtig, weil diese am ehesten in der Lage sind, flächendeckende Angebote auch in ländlichen Bereichen vorzuhalten. Auf der anderen Seite sind kleine *Initiativen vor Ort* eher in der Lage, gleichsam auf neue bzw. besondere Problemlagen hinzuweisen bzw. Hilfen anzubieten. Hier gibt es

schon bei diesen fünf ausgewählten Gebietskörperschaften gute Beispiele. Allerdings weisen auch die großen Wohlfahrtsverbände nach, dass sie selbst innovatorisch tätig werden und ihre Tätigkeitsfelder entsprechend der jeweiligen Bedarfe jeweils neu justieren.

- h.) Kommunale Sozialpolitik setzt mehr denn je auf Vernetzung. Dabei setzen ländliche, noch stärker traditionell geprägte Landkreise auf persönliche Kontakte und Beziehungen („Man kennt sich.“), während größere Ballungsräume mit höherer Fluktuation bei Bevölkerung und Beschäftigung eher institutionell vorgehen (müssen). Zu *tragfähigen Netzwerkstrukturen* gibt es keine Alternative, weil sonst die Gefahr besteht, dass sogenannte bessere soziale Risiken eher überversorgt werden, andere dagegen unterversorgt bleiben. Dieses betrifft auch die ländlichen Kreise bzw. Gemeinden mit noch starken persönlichen Bezügen.
- i.) Zur Vernetzung gehört geradezu der Aspekt der *Selbsthilfe und des freiwilligen sozialen Engagements*. Hier gibt es sehr gute Ansätze in einzelnen Gebietskörperschaften, die es besser zu kommunizieren gilt. Herausforderungen und Problemlösungen – es gibt hier keinen Anfang und kein Ende. Es ist erstaunlich, welche Stärken und *endogenen Potenziale* in den einzelnen Gebietskörperschaften vorhanden sind und genutzt werden.

In allen Interviews mit den Expertinnen und Experten in den fünf Gebietskörperschaften sowie exemplarisch mit den Vertreterinnen und Vertretern der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Gießen ist ein *starkes wechselseitiges Informationsbedürfnis* deutlich geworden. Im Gegensatz zu dem engen Informationsaustausch zwischen Gebietskörperschaft und freien Trägern vor Ort besteht nichts Vergleichbares zwischen der lokalen Sozialen Arbeit und dem Land bzw. dem HMSI. Hieraus leitet sich der Wunsch nach einer *kontinuierlichen dezentralen Sozialberichterstattung* ab. Daran wird dann das Interesse gebunden, dass die Refinanzierung lokaler Aktivitäten zielgenauer und unter Gewährung eines für notwendig erachteten Handlungsspielraums des konkreten Trägers erfolgt. Spezifika der einzelnen Gebietskörperschaften, für die auch formulierte Leitbilder bzw. gar Entwicklungspläne entworfen worden sind bzw. weiterentwickelt werden, sollen erhalten bleiben und zugleich sich aus der Praxis ergebende Innovationen ermöglicht werden.

Deutlich werden *Netzwerkstrukturen*, die sehr hilfreich sind, sich aber stets auch einem Druck nach Veränderung ausgesetzt sehen, damit sie nicht andere ausschließen und innovationsunfähig werden. Schon die einzelnen Wohlfahrtsverbände stellen an sich Netzwerke dar, auf lokaler, regionaler und auf Bundesebene. Auch die kommunalen Ämter und Einrichtungen sind vernetzt – unter sich und mit freien Trägern, Selbsthilfeeinrichtungen und anderen Trägerinnen und Trägern des zivilgesellschaftlichen Engagements. Es wird eine besondere Herausforderung werden, diese dezentralen Netzwerke im Rahmen der *Methode der offenen Koordination* stärker mit denen auf der Landesebene und hier vor allem mit den vielfältigen Handlungseinheiten der Landesregierung zu vernetzen. Dieses kann u. a. über Regionalkonferenzen erfolgen und mittels Stabsstellen zwischen den hauptsächlich zu beteiligenden Ministerien und den Gebietskörperschaften sowie den Trägern der freien Wohlfahrtspflege.

Wie eingangs der Schlussbetrachtung erwähnt, wird von uns für eine kohärente und damit vergleichbare Verbindung der einzelnen regionalen Ebenen – zumindest grundsätzlich – plädiert. Dabei sind im Hinblick auf eine entsprechende „Verschränkung“ der Sozialberichterstattung auf den verschiedenen Ebenen u. E. folgende Aspekte unbedingt zu beachten:

- Alle Ebenen meint grundsätzlich: von UN, OECD über EU, Bund und Land bis zu Kommunen, Stadtteilen, Quartieren.
- „Verschränkung“ meint eine Bezugnahme auf höhere und niedrigere Ebenen. „Verschränkung“ meint explizit *keine* Vereinheitlichung (abgesehen von gewissen Methodenstandards). Eine Vereinheitlichung würde den „schnellen Tod“ einer kritischen und partizipativen Sozialberichterstattung bedeuten. Der kleinste gemeinsame Nenner würde sozusagen den Takt bestimmen.
- Auf den unteren föderalen Ebenen (d. h. je kleinräumiger die Betrachtung ist) wird qualitative Forschung immer wichtiger. Das gilt insbesondere angesichts der weitgehenden Intransparenz der üblichen kommerziellen Datenangebote.
- Qualitative Methoden entdecken in der Regel neue Entwicklungen, Probleme und Lösungen früher, als es die quantitative Empirie leisten kann. Andererseits können sie quantitative, repräsentative Empirie nicht ersetzen.

Der letztgenannte Aspekt verweist auf die Sinnhaftigkeit der Ergänzung quantitativer Forschungsergebnisse durch qualitative Forschungsansätze.

Literaturverzeichnis

- Backhaus, K.; Erichson, B.; Plinke, W.; Weiber, R. (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin/Heidelberg.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind, Berlin.
- Boeckh, J.; Huster, E.-U.; Benz, B.; Schütte, J. D. (2017): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung. 4. Aufl., Wiesbaden.
- Bühner, M. (2006): Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion, München u. a. O.
- Bundesagentur für Arbeit (2019): Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf> (Aufruf am 12.11.2019).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019): SDG-Indikatoren für Kommunen, Bonn, <https://www.inkar.de/documents/SDG-Informationen.pdf> (Aufruf am 12.11.2019).
- Creditreform Wirtschaftsforschung (2018): SchuldnerAtlas Deutschland Jahr 2018, Neuss, https://www.boniversum.de/wp-content/uploads/2018/11/SchuldnerAtlas-Deutschland-2018_Bericht.pdf (Aufruf am 12.11.2019).
- Diamantopoulos, A.; Winklhofer, H. M. (2001): Index Construction with Formative Indicators: An Alternative to Scale Development. In: Journal of Marketing Research, Vol. 38, No. 2, S. 269-277.
- Eberl, M. (2004): Formative und reflektive Indikatoren im Forschungsprozess: Entscheidungsregeln und die Dominanz des reflektiven Modells. Department für Betriebswirtschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Unternehmensentwicklung und Organisation, Seminar für Empirische Forschung und Unternehmensplanung, EFOplan Heft 19/2004.
- Edwards, J. R. (2011): The Fallacy of formative Measurement. In: Organizational Research Methods 2011 14, S. 370.

- Fuchs, A. (2011): Methodische Aspekte linearer Strukturgleichungsmodelle. Ein Vergleich von kovarianz- und varianzbasierten Kausalanalyseverfahren. Research Papers on Marketing Strategy, No. 2/2011.
- Grasse, A. (2001): Das deutsche föderale System zwischen Kontinuität und neuer Dynamik, Erweiterte Fassung des Textes der Vorlesung mit Kolloquium vom 02. Oktober 2000 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft SPISA (Scuola di specializzazione in studi sull'amministrazione pubblica) der Universität Bologna, <http://www.uni-giessen.de/fbz/fb03/institute/ifp/pifo-alt/weitere-publikationen/DasDeutscheFoederalsystem.pdf> (Aufruf am 12.11.2019).
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2017): Zweiter Hessischer Landessozialbericht, Wiesbaden.
- Hofmeister, C.; Maier, W.; Mielck, A.; Stahl, L.; Breckenkamp, J.; Razum, O. (2016): Regionale Deprivation in Deutschland: Bundesweite Analyse des Zusammenhangs mit Mortalität unter Verwendung des „German Index of Multiple Deprivation (GIMD)“. In: Gesundheitswesen 2016, Jg. 78, S. 42-48.
- Huster, E. U. (2013): Armut auf dem Land – Wege aus der Isolation, Vortragstext 13.03.2013 (mimeo), www.alsfeld-evangelisch.de/cms/upload/Bildung/Huster_Armut_am_Land.pdf (Aufruf am 12.11.2019).
- HWWI, Berenberg-Bank (Hrsg.) (2019): HWWI/Berenberg-Bank-Städteranking 2019. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Hamburg.
- Knieps, F.; Pfaff, H. (Hrsg.) (2017): BKK Gesundheitseport 2017. MWV Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin.
- Knieps, F.; Pfaff, H. (Hrsg.) (2018): BKK Gesundheitseport 2018. MWV Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin.
- Landkreis Groß-Gerau (Hrsg.) (2009-2018): Kreismonitore 2009-2018 für den LK Groß-Gerau.
- Maier, W.; Fairburn, W.; Mielck, A. (2012): Regionale Deprivation und Mortalität in Bayern. Entwicklung eines „Index Multiple Deprivation“ auf Gemeindeebene. In: Gesundheitswesen 2012, Jg. 74, S. 416-425.
- Meyer, W. (2004): Indikatorenentwicklung. Eine praxisorientierte Einführung, 2. Auflage, Saarbrücken: Centrum für Evaluation, Eval-Arbeitspapiere, Nr. 10.

- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o. J. a): Regionaler Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz 2015, Mainz.
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o. J. b): Wohlfahrts-Index und Gestaltung wohlfahrtsorientierter Wirtschaftspolitik. Regionaler Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz 1999 bis 2010 – Sektorstrukturanalyse und Sektoranalyse Umweltwirtschaft Rheinland-Pfalz, Mainz.
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o. J. c): Auf der Suche nach dem guten Leben. Der Regionale Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz im Kontext der Diskussion um ein Maß für gesellschaftliche Wohlfahrt, Mainz.
- Munz-König, Eva (2013): Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. In: Sozialer Fortschritt (5), S. 123-131.
- Nitzl, C. (2012): Eine anwenderorientierte Einführung in die Partial Least Square (PLS)-Methode. Universität Hamburg, Industrielles Management, Arbeitspapier Nr. 21.
- OECD (2008): Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and User Guide, Paris, <https://www.oecd.org/sdd/42495745.pdf> (Aufruf am 22.11.2019).
- Procksch, J. (2019): Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2017. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden, http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/pdf/Soziale_Mindestsicherung_2017.pdf (Aufruf am 12.11.2019)
- Stadt Offenbach (Hrsg.) (2006-2018): Sozialberichte 2006-2018 für Offenbach, Offenbach.
- Statistisches Bundesamt (2018): Rund 592 000 Haushalte bezogen am Jahresende 2017 Wohngeld. Pressemitteilung Nr. 328 vom 4. September 2018, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/09/PD18_328_223.html (Aufruf am 08.11.2019).

- Velicer, W. F.; Jackson, D. N. (1990): Component Analysis versus Common Factor Analysis: Some Issues in Selecting an Appropriate Procedure. In: *Multivariate Behavioral Research*, 25 (1), S. 1-28.
- Wolff, H.-G.; Bacher, J. (2010): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Wolf, C.; Best, H. (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden, S. 333-365.
- ZDF; Prognos AG (2019): Deutschland-Studie, <https://deutschland-studie.zdf.de/dis-trict/09162/default> (Aufruf am 12.11.2019).
- Zinnbauer, M.; Eberl, M. (2004): Die Überprüfung von Spezifikation und Güte von Strukturgleichungsmodellen: Verfahren und Anwendung, Ludwig-Maximilians-Universität München, Working Paper 21/2004, München.